

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 20 • 7. Jahrgang

Berlin, 15. Oktober 1926.



Vom Wirtschaftspakt zum Verständigungspakt?

In Brüssel ist am 30. September nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Stahlindustrien von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg ein festländisches Eisenkartell abgeschlossen worden, das mit dem 1. Oktober bereits in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen hat nicht nur eine wirtschaftspolitische sondern auch eine große außenpolitische Bedeutung, da es letzten Endes gewisse wirtschaftliche Bestimmungen des Versailler Vertrages ad absurdum führt. Der Versailler Vertrag riß mit seinen willkürlichen Bestimmungen bekanntlich die seit Jahrzehnten bestehenden geschlossenen Wirtschaftsgebiete Europas auseinander und verhinderte durch eine neue willkürliche Grenzziehung dadurch das natürliche Zueinandergreifen zueinandergehörender Rohstoff- und Produktionsgebiete. Grundgedanke der Zertrümmerung systematisch aufgebaute Wirtschaftsgebäude war der, Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen, seine Wirtschaft zu zertrümmern und die deutschen Absatzmärkte in Besitz zu nehmen. Der ganze Teil X des Versailler Diktats der die wirtschaftlichen Bestimmungen enthält, ist darauf aufgebaut, Deutschland wirtschaftlich vollständig ohnmächtig zu machen und das Erbe der deutschen Wirtschaft zu übernehmen. Als sich herausstellte, daß eine Zertrümmerung des deutschen Wirtschaftslebens in dem beabsichtigten Umfange nicht möglich war, schritten Frankreich und Belgien bekanntlich zu der Ruhrinvasion mit der Absicht, auf diesem Wege die Ruhrindustrie, das Herz der deutschen Wirtschaft, in die Hand zu bekommen. Es war nicht ohne Absicht, daß man zum eigentlichen Wirtschaftsdiktator im Ruhrgebiet den bis dahin im Saargebiet tätigen Berghauptmann Frank en bestellte, der als Leiter der Micum den Plan der wirtschaftlichen Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zur Durchführung bringen sollte, den der französische Kammerdeputierte und Vertrauensmann Poincaré, D a r i a c, aufgestellt hatte.

In dem französischen Plan der wirtschaftlichen Evakuierung des Saargebiets war auch die Verwelschung der deutschen Saarindustrie vorgesehen, was sich bald nach dem Einzug der Franzosen und der Ueberernennung der Saargruben an Frankreich dadurch zeigte, daß man die saarländischen Industrie-Werke gewaltsam mit französischem Kapital überfremdete. Welche Wirkungen dieses Vorgehen in Verbindung mit der Errichtung der Saarländischen Zollgrenze für das Wirtschaftsleben an der Saar hatte, ist bekannt. Ebenso ist bekannt, daß die von Frankreich erhofften wirtschaftlichen Erfolge für die französische Schwerindustrie ausblieben, daß sich vielmehr durch die Einbeziehung der Saarwerke in das französische Wirtschaftsgebiet vorauszu sehende Schwierigkeiten für die französische Wirtschaft auf dem französischen Inlandsmarkt ergaben. Gerade im Saargebiet zeigte sich, daß politische Ziele sich nicht immer mit den wirtschaftlichen Naturgesetzen in Einklang bringen lassen. Französischerseits bestand hinsichtlich des Saargebiets einmal die Absicht, wirt-

schaftlich aus ihm ein Geschäft zu machen und politisch die Grenzen Frankreichs in deutsches Gebiet vorzutreiben. Diese beiden Ziele wurden auch bis zu Anfang des Jahres 1925 konsequent verfolgt, da bis dahin durch das besondere Entgegenkommen der Saarregierung das Saargebiet der französischen Wirtschaft als Absatzgebiet erschlossen, umgekehrt aber der saarländischen Wirtschaft der französische Inlandsmarkt verschlossen wurde. Als mit dem 10. Januar 1925 die Saarländische Zollgrenze restlos aufgerichtet wurde, nachdem sie praktisch durch das eigenmächtige Kontingentierungsverfahren der Saarregierung für die deutsche Wareneinfuhr schon über ein Jahr in Kraft war, mußte die saarländisch-lothringische Grenze auch der saarländischen Ausfuhr nach Westen hin geöffnet werden. Obwohl bis zum Jahre 1918 Lothringen und das Elsaß enge wirtschaftliche Beziehungen zum Saargebiet unterhalten hatten, war infolge des Bestrebens der wirtschaftlichen Ausdehnung Frankreichs inzwischen dieses einstige deutsche Reichsland schon völlig wirtschaftspolitisch nach Westen umgestellt. Die alten saarländisch-lothringischen Beziehungen konnten daher nur in einem ganz geringen Umfange wieder aufgenommen werden. Noch schwieriger gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Saargebiet und dem alten Frankreich. Infolge der stark gesteigerten Industrie Frankreichs während der Kriegsjahre und durch das Hinzutreten der bedeutenden Elsaß-Lothringischen Industrie hatte Frankreich eine Ueberproduktion aufzuweisen, bei der die saarländische Konkurrenz auf dem französischen Finanzmarkt außerordentlich drückend empfunden wurde. Es zeigte sich also hier, daß durch die vollständige Verschiebung der bisherigen Wirtschaftseinheiten Europas durch den Versailler Vertrag die gesamte europäische Wirtschaft in Unordnung geraten war, was sich in vollständiger Unsicherheit auf dem Weltmarkt, in dem Aufstreten neuer Konkurrenten und in zunehmender Arbeitslosigkeit besonders in den währungsstarken Ländern äußerte.

Was Frankreich mit dem Saargebiet an wirtschaftlicher Enttäuschung im kleinen erlebte, zeigte sich im großen auch in dem völligen Fiasko des Ruhrkrieges. So verlockend die Ausbeutung der deutschen Rhein- und Ruhrindustrie durch die französische Industrie sein mochte, so gehörten zur rationellen Ausnützung der gewaltigen deutschen Industrieanlagen an Rhein und Ruhr doch andere Faktoren dazu, als der einseitige politische Machtwille Frankreichs. Schon

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 10, Jahrgang 2,
der „Saarheimatbilder“ bei.

während des Ruhrkrieges erkannte man auf französischer Seite nur zu deutlich, daß eine rationelle Ausnützung der rheinisch-westfälischen Industrie nur möglich ist bei freiwilliger Mitarbeit der deutschen Ruhrindustriellen und der deutschen Arbeiterschaft. Das Ruhrunternehmen war für Frankreich ein ausgesprochener Mißerfolg auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Letzten Endes ist die Frankeninflation die nachhaltigste Nachwirkung eines verunglückten machtpolitischen Experimentes gegen die natürlichen Zusammenhänge und gegen die logische Entwicklung geschlossener Industrie- und Wirtschaftsgebiete Deutschlands.

Die Richtigkeit der alten Wahrheit, daß politische Ziele sich nicht immer decken mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten stellte man jedenfalls erneut sehr bald in französischen Wirtschaftskreisen fest. Man erkannte als beste Lösung zur Stärkung und Stabilisierung der französischen Wirtschaft eine Zusammenarbeit zwischen der französischen und deutschen Wirtschaft. Diese These wurde vor allem von dem Vertrauensmann der französischen Schwerindustrie, Loucheur, vertreten, den man deutschfreundlicher Gesinnung eigentlich nicht bezichtigen kann. Loucheur war es bekanntlich, der gelegentlich seines Besuches in Saarbrücken im Jahre 1921 den damaligen Präsidenten der Saarregierung, Herrn Kaule, daran erinnerte, „was Frankreich von ihm erwarte“, nämlich die Franzöisierung des Saargebiets. Er hat damals Herrn Kaule diesen Auftrag zweifellos in der Erwägung gegeben, daß mit der Einverleibung des Saargebiets in Frankreich das französische Wirtschaftsleben einen weiteren Impuls erfahren würde. Wir haben schon oben nachgewiesen, wie sehr die damaligen wirtschaftlichen Berechnungen der Franzosen über die Auswertung des Saargebiets fehlergeplagt sind. Es war damals kaum verwunderlich, daß gerade Loucheur, der als gerissener Geschäftsmann gilt, nachdem er die Sinnlosigkeit der machtpolitischen Methoden gegenüber Deutschland erkannt hatte, gerade er dafür eingetreten ist, zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der französischen und deutschen Wirtschaft zu gelangen.

Die in dieser Richtung geführten Verhandlungen reichen eigentlich bis zu der Zeit unmittelbar nach dem Ruhrkrieg zurück. Sie haben jetzt mit der Gründung des festländischen Eisenkartells in Brüssel ihren Abschluß gefunden. Berücksichtigt man die Vorgeschichte dieses Eisenpactes, dann versteht man, daß diesem nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine hochpolitische Bedeutung zukommt. Nachdem man in Frankreich durch bittere Erfahrungen zu der Einsicht gekommen ist, daß Frankreich wirtschaftlich gesunden und erstarben kann nur in Gemeinschaft mit der deutschen nicht aber im Kampf gegen die deutsche Wirtschaft, wird es sehr schwer halten, politisch einen Kurs zu steuern, der sich gegen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auswirken müßte. Die Verflechtung der deutschen und französischen Wirtschaftsinteressen wird mehr als jeder andere Faktor in der Lage sein, eine deutsch-französische Verständigung auch auf politischem Gebiet herbeizuführen. Schon heute mehrten sich die Stimmen, die die Notwendigkeit unterstreichen, diesem Eisenpact auch einen Kohlenpact folgen zu lassen, um durch zunehmende Beruhigung auf dem Weltmarkt und durch gegenseitige Vereinbarungen den Produktionsgang vor Erschütterungen zu bewahren, und durch gesunde Kalkulationspolitik die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen zu fördern.

Bei Festsetzung der den an dem Eisenpact beteiligten Ländern zugewiesenen Quoten ist von Bedeutung, daß dem Saargebiet ein besonderes Kontingent zuerkannt worden ist, obwohl es nach dem Versailler Vertrag zollpolitisch bekanntlich zum französischen Wirtschaftsgebiet zugehört. Aus dieser Tatsache darf man entnehmen, daß man bei den in Frage kommenden Partnern davon überzeugt ist, daß dieser unnatürliche Zustand nicht mehr von langer Dauer sein kann. (Der Eisenpact ist bekanntlich zunächst für fünf Jahre abgeschlossen worden.) Für das Saargebiet hat diese Einteilung neben der nicht zu unterschätzenden politischen auch eine weitreichende wirtschaftliche Bedeutung. Es tritt in Zukunft mit seiner Eisenproduktion im Rahmen des Eisenpactes mit den übrigen vertragsschließenden Ländern mit gleicher Preisgestaltung auf den Exportmarkt, ohne Gefahr zu laufen, unter- oder überboten zu werden. Da durch das Verfahren der Ausgleichskasse und

auf Grund der festgesetzten Erzeugungsquote indirekt eine Preisregulierung stattfindet, so ist für die Saarwirtschaft, soweit sie die Eisenindustrie betrifft, mit einer gesicherten gewinnbringenden Produktion zu rechnen. Bei voller Ausnützung der dem Saargebiet zuerkannten Produktionsquote und der allerdings damit verbundenen Reinigung der Wirtschaft von aufgeblähten Inflationsbetrieben müßte diese Tatsache Rückwirkungen auch auf die Lohnpolitik haben, die allmählich der ganzen Saarwirtschaft und damit der gesamten Saarbevölkerung zugute kommen müßte. Ob sich darin jedoch alle Hoffnungen bald und restlos erfüllen werden, hängt davon ab, wie sich nach Überwindung der ersten Kinderkrankheiten des Kartells das ganze Ausgleichsverfahren gestaltet.

Die politische Seite des Eisenpactes ist bereits angedeutet. Sie hat ihre Bedeutung selbstverständlich auch für das Saargebiet. Die Auswirkungen der Bepreisungen von Thoiry werden sich erst recht langwierig entwickeln, da die politischen Gegenströmungen in Frankreich sich in zunehmendem Maße verstärken. Wollte man also die Liquidierung der Saaraffäre von dem guten Willen des politischen Frankreichs erwarten, dann würde man sich noch eine geraume Zeit gebulden müssen. Die französischen Militärs machen, seitdem Poincaré wieder die Geschicke Frankreichs lenkt, jede Schwierigkeiten, um eine deutsch-französische Verständigung zu verhindern. Sie finden tatkräftige Unterstützung in den französischen Rechtskreisen und in jenen Kreisen der französischen Annexionspolitik, die heute noch von einer Loslösung des Saargebiets und des Rheinlandes vom Deutschen Reiche träumen. Wohl aber können die deutsch-französische Verständigungsversuche eine realere Grundlage durch weitreichende Wirtschaftsverhandlungen erhalten. Sind die Interessen der beiderseitigen Wirtschaftsorganisationen erst miteinander verflochten, dann werden sich die französischen Wirtschaftsvertreter einem neuen Ruhrkriegskurs Poincarés in ihrem eigenen Wirtschaftsinteresse lebhaft widerlegen. Wie stark sich solche Wirtschaftsvereinbarungen auf die Beziehungen der verschiedensten Länder auswirken, ergibt sich aus der Tatsache, daß, nachdem der Abschluß des festländischen Eisenpactes beschlossene Sache geworden war, von englischer industrieller Seite die Anregung an die deutsche Industrie erging, sich über die verschiedensten weltwirtschaftlichen Fragen zu unterhalten.

Welche Auswirkungen solche Vereinbarungen im einzelnen haben werden, muß erst die praktische Anwendung ergeben. Was den besonderen Fall des Saargebiets angeht, der nach übereinstimmenden Nachrichten in Thoiry eine Rolle spielte, so erscheint auch hier die rein wirtschaftliche Seite der Frage nicht über großen Schwierigkeiten zu begegnen. Daß Frankreich die Saargruben als Ersatz für die französischen, während des Krieges zerstörten Gruben nicht mehr braucht, ist eine allbekannte Tatsache. Daß es aber auch sonst auf die Ausbeute der Saargruben keinen allzu großen Wert mehr legt, weil Frankreich für die Saar Kohle keinen genügenden Absatz hat, ist ebenfalls bekannt. Frankreich könnte kein größerer Gefallen getan werden, als wenn Deutschland die Saargruben gegen eine entsprechende Goldzahlung zurückkaufte. Wie schon erwähnt, hat es 300 Millionen Goldmark gefordert, und es würde zweifellos mit 250 Millionen auch zufrieden sein. Hierbei ergeben sich jedoch gewisse politische Fragen, die mit dem Besatzungsproblem zusammenhängen. Ein vorzeitiger Rückkauf der Saargruben durch Deutschland ist nach § 38 des Saarstatuts zulässig.

Nediglich hinsichtlich der vorgeschriebenen Volksabstimmung im Saargebiet wäre eine Abweichung von den betreffenden Bestimmungen erforderlich, wenngleich auch hier durch Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich durchaus im Rahmen des Saarstatuts. Da aber eine solche Vereinbarung die vorzeitige Rückgabe des Saargebiets zur Folge haben müßte, so setzt sie zu ihrer Durchführung die Regelung der Frage der Rheinlandsbesetzung voraus, da sonst innerhalb der besetzten Zone an der Saar ein Vakuum entstehen müßte. Das wäre in jeder Beziehung natürlich ein unmöglicher Zustand, da sich daraus für das Saargebiet ebenso wie für die besetzten Gebiete und für das übrige Deutschland Schwierigkeiten ergeben müßten. Berücksichtigt

man diese Tatsache, so muß man zu der Auffassung kommen, daß, wenn die deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen zu dem in Thoiry besprochenen Ergebnis führen sollen, nicht eine Teillösung möglich ist, sondern daß der Gesamtkomplex aller die beiden Länder interessierenden Fragen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden muß. Auf deutscher Seite war man sich dabei von vornherein im klaren, daß ein solches Ergebnis nicht in kürzester Frist zu erzielen ist, sondern daß eine geraume Zeit vergehen wird, ehe man die Basis hierfür geschaffen hat.

Diese Verzögerung der Verhandlungen muß um so größer sein, je mehr ein gewisser Teil französischer Politiker und Organisationen Einfluß auf Poincaré gewinnen. So hat kürzlich die französische Patriotenliga in Lothringen unter dem Vorsitz des bekannten Senators und Generals Hirschauer einen Aufruf erlassen, der sich gegen jede vorzeitige Rückgabe des Saargebiets wendet. „Die Zurückziehung der Truppen würde“, so heißt es in dem Aufruf, „eine nationale Gefahr für Frankreich bedeuten, aber es würden auch ganz besonders die wirtschaftlichen Interessen Lothringens im Saargebiet geschädigt, die sich auf das jetzige Steuerregime für eine Dauer von 15 Jahren eingerichtet hätten.“ Ob es Zufall ist oder ob ähnliche Äußerungen hierzu den Anlaß gegeben haben, daß Poincaré eine Reise nach und durch Elsaß-Lothringen unternahm, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Tatsache ist, daß sich Poincaré zu dieser Reise entschlossen hat, um sich an Ort und Stelle persönlich über die verschiedenen Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung zu unterrichten. Tatsache ist weiter, daß Poincaré bei diesem Besuch die Vertreter der elsass-lothringischen Kaufmannschaft und des Handels empfangen und sich mit ihnen auch über die wirtschaftlichen Beziehungen Elsaß-Lothringens zum Saargebiet unterhalten hat. Es scheint, daß von Seiten der Wirtschaftsvertreter aus wirtschaftlichen Erwägungen ähnliche Forderungen hinsichtlich des Saargebiets erhoben worden sind, wie von der erwähnten Patriotenliga, die diese allerdings aus politischen und rein nationalistischen Gründen erhoben hat. Ueber das, was Poincaré den Vertretern der Kaufmannschaft usw. erwidert hat, gehen die Meldungen der französischen Presse auseinander. Nach einer Darstellung des Pariser „Journal“ soll Poincaré erklärt haben, „daß die Regierung entgegen den

Gerüchten in der deutschen Presse keineswegs die Absicht habe, das Saargebiet vor Ablauf der Frist des Versailler Vertrages aufzugeben oder an Deutschland zu übertragen.“ Nach dem „Matin“ soll die Erklärung Poincarés nur dahin gelaute haben, daß die französische Regierung im Augenblick nicht daran denke, eine Aenderung des Wirtschaftsregimes im Saargebiet vorzunehmen. Die „Vossische Zeitung“ will demgegenüber erfahren haben, daß Poincaré keine von diesen Äußerungen getan haben soll, sich vielmehr als Entgegnung auf gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Rückwirkungen des Ausscheidens des Saargebiets aus dem französischen Wirtschaftsgebiet auf Industrie und Handel in Elsaß-Lothringen auf die Versicherung beschränkt habe, daß die französische Regierung bei einer evtl. Rückgabe des Saargebiets die berechtigten Interessen Elsaß-Lothringens auch auf wirtschaftlichem und zollpolitischem Gebiet in vollem Umfange zu wahren wissen werde.

Authentisches war jedenfalls über die Erklärungen Poincarés bisher nicht zu erfahren. Aus gewissen Vorgängen hat man jedenfalls den Eindruck gewonnen, als ob Poincaré hinsichtlich der von Briand vertretenen Thoiry-Politik seine eigenen Wege geht, so daß man immerhin damit rechnen müßte, daß er sich auch hinsichtlich der Saarfrage in einer Richtung festgelegt hat, die sich mit der Auffassung Briands nicht deckt.

Immerhin, man kommt durch diese jüngsten Vorgänge allmählich immer mehr zu der Ueberzeugung, daß auch die Saarfrage langsam weniger eine rein politische als eine mehr wirtschaftliche Frage geworden ist, die um so schneller sich politisch lösen läßt, je mehr man sich wirtschaftlich verständigt. Dabei muß man sich im klaren sein, daß eine Liquidierung der Saarfrage zwar ohne jegliche Hemmungen den politischen Wiederanschluß des Saargebiets an Deutschland bringen würde, das damit zusammenhängende Wirtschaftsproblem aber für das Saargebiet noch schwerwiegende Erschütterungen nach sich ziehen dürfte, bevor das Saargebiet auch wirtschaftspolitisch wieder gleichberechtigt und gleichgestaltet dem deutschen Wirtschaftskörper angegliedert sein wird.

Plebiszite im Saargebiet.

Von Josef Görden, Saarlouis.

I.

Die Bestimmungen des Saarstatuts sprechen im § 34 von einem Plebiszit, das gemeinde- oder bezirksweise stattfinden soll und über drei Möglichkeiten entscheidet. Die drei Fälle der Abstimmung werden hier als bekannt vorausgesetzt. Auch darf das Ergebnis der Saarabstimmung heute schon als bestimmt vorausgesetzt werden, wenigstens in seinem größten Teile. In der „Saarbr. Ztg.“ vom Montag, dem 13. September, hat bei der Besprechung des tiefgründigen Werkes von Oberlandesgerichtsrat Andres, Raumburg, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine: Grundlagen des Rechts im Saargebiet, Herr v. d. R. unter anderem gesagt: „Im übrigen braucht über die Abstimmung, wenn auch Görden in letzter Zeit auf bedenkliche Absichten der Regierungskommission mit Recht hingewiesen hat, kein Wort mehr verloren zu werden.“

Ich stimme im wesentlichen mit dem Kritiker des Andreschen Werkes überein, erlaube mir jedoch nach wie vor über die materielle Auslegung des Abstimmungsergebnisses anderer Auffassung zu sein. Wiederholt ist von mir auf die Gefahr der Zerspaltung der Saar-Abstimmung hingewiesen worden, wiederholt schon habe ich darauf hingewiesen, daß in dem Abstimmungsparagraphen gefährliche Fußangeln enthalten sind. Es ist nirgends davon die Rede, daß der Völkerbundrat sich nach dem Ergebnis der Abstimmung richten muß, wohl aber heißt es in dem säkularartigen § 35 des Saarstatuts, daß der Völkerbund „unter Berücksichtigung des ausgedrück-

ten Wunsches“ entscheidet. In diesem Paragraphen erblicke ich den Ausgangspunkt der Zerspaltung und den Anfang des diplomatischen Intrigenspiels, das nach der Abstimmung ohne Zweifel französischerseits besonders hinsichtlich des Kreises Saarlouis einsehen wird. Was bedeutet der terminus technicus: Berücksichtigung in Verbindung mit dem Begriff des Wunsches? Liegt nicht in den nicht klaren Worten des § 35 die Potentialität der Entscheidung des Völkerbundes enthalten? Berücksichtigen heißt ein Ergebnis, also in diesem Falle die Abstimmung, nicht werten zu müssen, sondern werten zu können. Im Können liegt die Gefahr. Weiterhin ist in dem § 35 das Minderheitenproblem angeschnitten, wie es ausdrücklich als Teilgebiet der Saar bezeichnet wird. Nun gibt es natürlich an der Saar keine Minderheiten, es könnten aber immerhin welche geschaffen werden, und dazu gibt das Saarstatut mehr als eine Handhabe. Es wäre sehr leicht möglich, daß die nicht ungeschickt arbeitende französische Propaganda solche Minderheiten schaffen hilft, und die französische Saarliteratur spricht an mehr als einer Stelle ausdrückliche von dieser Minderheit. Vidal de la Blache sagt z. B. an einer Stelle seiner verschiedenen Werke über die Saar:

„Le Vote aura lieu par communes ou par districts de telle façon, que le droit des minorités soit respecté.“

Hieraus geht klar hervor, daß das Recht der Minderheiten gewahrt werden soll, und Vidal de la Blache ist nicht etwa ein g-belliebiger Franzose, sondern einer jener Männer, die sehr

wesentlich an dem Saarstatut mitgeholfen haben. Wenn man außerdem noch die Grenzregulierungsverträge der Jahre 1802 und 1827 in den Bereich der durch die Abstimmung neu vorzunehmenden Grenzregulierungen, wie die Franzosen so gerne sich auszudrücken belieben, einbezieht, so ergeben sich bei genauer Kenntnis der französischen Mentalität und bei peinlicher Wahrung des französischen Prestiges die Möglichkeiten von solchen Regulierungen im Westen des Kreises Saarlouis.

Gewiß, Frankreich ist sich darüber klar, daß die Abstimmung ein gewaltiger Sieg des deutschen Gedankens an der Saar sein wird, aber es lassen sich auch Minderheiten schaffen. Dazu bedarf es nicht einmal solcher Abstimmungsmethoden, wie sie Belgien in Cuyven-Malmédy oder wie sie jüngst der spanische Diktator Primo de Rivera anwandte. Frankreich braucht nur ein ganz geringes Stück des Saargebietes, und wenn es nur die Teile der Grenzregulierungsverträge von 1802 und 1827 sind, zu erhalten, dann hat es innerpolitisch sein außenpolitisches Prestige gewahrt. Man glaube doch nicht etwa, daß durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nun auf einmal das ganze Saarproblem gelöst sei, und als ob durch die herrlichen Friedensworte Briands in Genf, die Theater und keine politischen Realitäten waren, der Franzose all seine Aspirationen auf die Saar ausgegeben habe. Dafür bietet die jüngste Vergangenheit noch ein Beispiel. Jean Rivere sagt z. B. in seinem Buche: „La Sare“ vom Jahre 1926 über die Abstimmung, nachdem er „den Rückschlag des französischen Einflusses“ der Saar zugegeben hat, folgendes:

„Neun Jahre trennen uns noch von dem Plebiszit. Wer vermag zu sagen, wie in neun Jahren die wirtschaftliche und politische Lage ist? Wer hätte im Jahre 1909 geglaubt, daß neun Jahre später Elsaß-Lothringen wieder französisch würde?

... Es muß daher unser Bestreben sein, die saarländische Abstimmung vorzubereiten. Solange wir noch an der Saar sind, solange wir noch im Besitze der Kohlengruben uns befinden, wird in dieser Hinsicht nichts verloren sein. Was wir unseren Beamten vorzuwerfen haben, ist das eine, daß sie diese Abstimmung mit nicht genügend Methode vorbereiten und vor allem mit nicht genügendem Vertrauen. Gewiß, ihre Aufgabe ist nicht leicht. Sie haben und sie werden noch viele Schwierigkeiten zu überwinden haben. Sie werden hin und wieder Erfolg haben, wie sie auch schon einige Male Erfolg hatten. Hin und wieder werden sie auch Mißerfolge haben. Aber es ist notwendig, daß sie sich nicht damit begnügen, von einem Tag in den anderen zu leben, oder die gegenwärtigen Hindernisse zu beseitigen oder ins Gegenteil zu kehren. Vielmehr müssen sie einen Plan haben. Sie müssen wissen, wohin sie gehen und sie müssen dann auch den Willen haben, dorthin zu gehen. Ferner ist Vertrauen in die Nützlichkeit ihrer Handlungen notwendig, notwendig der Glaube an den Erfolg.“

Die weiteren Ausführungen sind in diesem Zusammenhang nicht notwendig. Rivere schlägt hier in erster Linie die Wirkung des Psychologischen an, er kennt gewiß die Mentalität der Saarbevölkerung, er weiß, daß Frankreich an der Saar gewaltige Einbuße erlitten hat und trotzdem gibt er die Hoffnung auf den Erfolg nicht auf. Man darf diesen heroischen Glauben an den französischen Genius nicht unterschätzen. Auch im Kriege hat letzten Endes der Glaube an den Erfolg den Sieg davongetragen. Das will auch Rivere hier an der Saar erreichen.

Rivere ist der typische Vertreter des französischen Chauvinismus, der Epigone Poincarés. Der Geist eines Charles Maurras spricht aus ihm und die Kreise der „Action Française“ klatschen begeistert Beifall. La Sare, das ist die Parole dieser Zirkel und sie werden, dessen muß man sicher sein, alles drangeben, um wenn auch nur einen kleinen Erfolg an der Saar zu erzielen. Man muß ferner in Erwägung ziehen, daß der Völkerbund sich vorläufig ja noch immer in Kinderschuhen bewegt, man darf aber nicht etwa glauben, die Entwicklung des Völkerbundes gehe nicht vorwärts, sondern bewege sich rückläufig. Und wenn dieser Bund sich eines Tages einer gewissen weltpolitischen Stabilität erfreuen wird, wenn die Völker in ihm Vertrauen gefunden haben, wenn er große Erfolge, was ja im Bereiche der Möglichkeit liegt, in der Zukunft aufzuweisen hat, wer bürgt denn dafür, daß der Rat des Völkerbundes die Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtsordnung nicht beschließt, um seine Ideen praktisch durchzuführen?

Wäre es weiterhin nicht möglich, daß die politische Entwicklung in Elsaß-Lothringen dergestalt verläuft, daß ein Appell

der Elsaß-Lothringer an den Völkerbund den gewünschten Erfolg hat und daß das Saargebiet zusammen mit Elsaß-Lothringen der Hoheit des Völkerbundes unterstellt würde? Gewiß ist vorläufig in Frankreich noch der Machistandpunkt in der Politik ausschlaggebend, und vor der Hand ist an eine solche Lösung der elsässischen Frage noch nicht zu denken. Niemand aber kann eine Entwicklung voraussehen, am allerwenigsten in der Politik, die sich unverkennbar seit London, Locarno und Genf in anderen Gedankengängen bewegt. Solche Lösungen sind bis auf weiteres noch problematischer Natur, aber in Verbindung mit der elsäß-lothringischen Frage in den Bereich der Möglichkeiten gerückt und damit wäre auch die Saarabstimmung nicht so geklärt, daß man keine weiteren Worte mehr über sie zu verlieren braucht.

Aber es ist doch alles im Vertrag von Versailles festgelegt, kann man manchen sprechen hören. Verträge sind gewiß da, damit sie inne gehalten werden, zumal dann, wenn sie auf gegenseitiger Willensentschließung beruhen. Aber es gibt keinen Vertrag, der nicht mit Zustimmung beider Kontrahenten einer Abänderung unterliegen könnte. Schon manches ist im Versailler Vertrag geändert worden und noch vieles, vielleicht noch mehr, als bisher, wird revidiert werden müssen. Auch das Saarstatut kann mit Zustimmung beider Vertragsgegner einer Abänderung unterworfen werden, sicherlich seitens Deutschlands nicht zum Nachteil des Saargebietes.

Der Völkerbund wird jedenfalls manche harte Probe zu bestehen haben und zwar die schwerste Probe in dem Augenblick, wo sich der Rat gegen eine Großmacht in einer wichtigen Angelegenheit entscheiden sollte. Man nehme nur einmal einen ernstesten Konflikt zwischen Italien und Frankreich als Beispiel. Wird in diesem Falle der Völkerbund in der Lage, oder noch besser gesagt, überhaupt willens sein, in den Konflikt einzugreifen? Wenn ja, wird er in der Lage sein, seiner Entscheidung den nötigen Nachdruck zu verleihen? Die Fragen zu beantworten, ist sehr schwer. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Völkerbund nicht diese Kraft aufbringt. Ähnlich verhält es sich mit Deutschland und Frankreich. Sollte der Völkerbund mit Hilfe und unter Beifall Frankreichs das Saargebiet als autonomes Gebiet erklären, so wird Deutschland ohne Zweifel dagegen Einspruch erheben müssen, weil eine solche Lösung dem Selbstbestimmungsrecht der Völker stracks zuwiderläuft. England wird sich, wie auch Frankreich darum bemühen, daß der gegenwärtige Rechtszustand aus wirtschaftlichen Gründen bestehen bleibt. Was wird die Folge sein? Eine schwere Krise im Völkerbund, schwerer als alle bisher dagewesenen. Deutschland muß sich der Entscheidung des Völkerbundes fügen, wenn es nicht als Störenfried erscheinen will.

In den letzten Tagen ist seit den Besprechungen zwischen Briand und Stresemann ein ziemlich unerbürter Optimismus über alle Deutschland und Frankreich interessierenden Fragen aufgetaucht, unter diesen befindet sich auch die Saarfrage. Angeblich soll das Saargebiet in einem Jahr ohne Volksabstimmung zum Reiche zurückkehren, andererseits hat Stresemann in Genf vor der deutschen Kolonie von einer „vielleicht“ stattfindenden Abstimmung gesprochen. Es darf ruhig ausgesprochen werden, daß wir die Abstimmung wünschen, nicht etwa deshalb, weil sie im Saarstatut vorgesehen ist, sondern, deshalb, weil sie im Interesse der Weltpolitik und im Interesse der Geschichte liegt. Es darf nicht wieder vorkommen, daß man von einer „gemischten Bevölkerung“ dieses Gebietes spricht, wie es in Versailles 1919 geschah, und die französische öffentliche Meinung soll erfahren, daß Frankreich an der Saar tatsächlich einen schweren „faux pas“ gemacht hat und daß die Gelder dort unnütz verwandt wurden. Die Saarbevölkerung will herzlich gerne dokumentieren, daß von 150 000 Saarfranzosen gar keine Rede sein kann. Die Abstimmung wird um so mehr zu fordern sein, als das Gebiet ja nicht zum erstenmal als nicht deutsch bezeichnet wurde, als Frankreich schon im 18. und 19. Jahrhundert Abstimmungen abhalten ließ. Hierüber soll in einem weiteren, historischen Artikel gesprochen werden.

Im Zusammenhang mit dieser politischen Betrachtung darf nicht unterlassen werden, zu betonen, daß nicht Frankreich und Deutschland allein über die Saar sich zu einigen haben, sondern daß der Völkerbund ein sehr wichtiges Wort mitzusprechen hat. Diese politische Realität scheinen die deutschen Optimisten vollständig außer acht zu lassen.

Begleiterscheinungen deutsch-französischer Verständigungspolitik für die Arbeiterschaft des Saargebiets.

Von Ewald Sommer, Saarbrücken.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die nachfolgenden Verhandlungen der Außenminister Deutschlands und Frankreichs lenkten den Blick der Öffentlichkeit wieder stärker nach dem Saargebiet, dem einzigen Stück wertvollen deutschen Bodens, dessen politisches Schicksal erst im Jahre 1935 durch Abstimmung entschieden werden soll. Der „Friedensvertrag“ von Versailles sagt über das Saargebiet folgendes:

„§ 34.

Nach einer Frist von 15 Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird die Bevölkerung des Saarbedengebiets berufen, ihren Willen, wie folgt zu äußern.

Eine Abstimmung findet gemeinde- oder bezirksweise über folgende drei Fragen statt:

- a) Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag und diese Anlage geschaffenen Rechtsordnung,
- b) Vereinigung mit Frankreich,
- c) Vereinigung mit Deutschland.

Stimmberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über zwanzig Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages in dem Gebiete gewohnt hat.

Unsere schnelle Zeit hat uns nur zu schnell die Tage vergessen lassen, in denen durch den Willen der „Sieger“ das Schicksal des Saargebietes gegen den Willen seiner Bewohner entschieden wurde. Wohl wendeten sich in einem Aufrufe die zur Nationalversammlung gewählten politischen Vertreter des Saargebietes gegen die Vergewaltigung des urdeutschen Gebietes, stimmten auch geschlossen, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages, um ja nur den Gegnern keinen Schein des Rechtes in die Hand zu geben, trotzdem wurde mit dem Rechte des Stärkeren seitens des Siegers die Loslösung des Saargebietes vom Reiche und die Unterstellung unter die Herrschaft des Völkerbundes beschlossen. Heute, wo der Tag der Rückkehr des Saargebietes nach dem Reiche wohl nicht mehr in allzuweiter Ferne liegt, soll nicht über all das Bittere geredet werden, was auf politischem Gebiete der Saarbevölkerung unter der „Herrschaft“ des Völkerbundes zugefügt wurde.

Auch hat das Saarvolk, fast nur aus Arbeitnehmern bestehend, wichtigeres zu tun, denn die Arbeiterschaft des Saargebietes kämpft um die Erhaltung des nackten Lebens.

Mag sich der politische Himmel auch aufgeklärt haben, desto dunkler und drohender ballt sich wirtschaftliches Unheil über der Arbeiterbevölkerung des Saargebiets zusammen. Und zwar als zwangsläufige Folge der politischen Bestimmung des Vertrages von Versailles über das Gebiet. Nicht zu vergessen ist, daß Frankreich unter der gewagtesten Begründung die sofortige Annexion des Saargebiets erstrebte. Im festen Vertrauen auf die Worte Wilsons vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nahm das Saarvolk diese Bestrebungen 1919 nicht all zu tragisch, bis durch die nicht zu erschütternden Tatsachen das Erwachen kam. Als die Kohlengruben Frankreich überantwortet und der Tag der Abstimmung in das Jahr 1935 gelegt wurde, wußte die Arbeiter-saarbevölkerung, daß es nun um nationales Sein oder Nichtsein gehen würde. Die Ereignisse Ende 1919 und Anfang 1920 enthüllten die französischen Absichten, das Saargebiet auf wirtschaftlichem Wege politisch in die Hand zu bekommen, vollständig. In der jeder Demokratie baren Meinung, daß derjenige Staat, der die Wirtschaft eines Gebietes in der Hand habe, auch die Menschen beherrsche, suchte Frankreich auch in den Kohlengruben, vor allem die Schwerindustrie unter seinen maßgebenden Einfluß zu bekommen. Von den im Saargebiet sich befindlichen fünf großen Hüttenwerke, zu denen außerdem die Mannesmannröhrenwerke in Bous mit der Gußstahlfabrik in Burbach, das Stahlwerk Dingler, Karcher u. Co., außerdem das Eisenwerk St. Ingbert zu rechnen sind, mit zusammen 40 000 Mann Belegschaft, gehörte nur die Burbacher Hütte ausländischen Aktionären (Arbet Luxemburg), alle anderen waren in deutschem Besitz.

Mit mehr oder minder sanftem Druck suchten nun französische Gesellschaften auf Anweisung und mit Unterstützung ihrer Regierung die Saarwerke in ihre Hand zu bringen. Was niemand erwartet hätte geschah auch: mit Ausnahme der Dörlinger Werke gerieten sämtliche Werke unter französischen Einfluß. Maßgebende Werke der weiterverarbeitenden Eisenindustrie, der Glas- und Keramikindustrie

folgten nach. Nun wußte die Bevölkerung, aus welchen Gründen heraus der Passus im „Friedensvertrag“ gewählt war, nach welchem der Völkerbund „unter Berücksichtigung der Volksabstimmung“ die letzte Entscheidung über das politische Schicksal des Saargebiets fällen sollte. Bei einem Völkerbundsrat unter französischem Einfluß konnte die Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Zu Gunsten Deutschlands wäre diese nicht ausgefallen.

Der Wirtschaft sollten die Gewerkschaften folgen. Es braucht im Rahmen dieses Artikels nicht über all die Versuche gesprochen werden, die französischerseits unternommen wurde, um die Loslösung der Arbeiterorganisationen des Saargebiets von den Stammorganisationen im Reiche durchzuführen. All diese Bemühungen scheiterten an der mustergetreuen nationalen Haltung der Arbeiterschaft. Als gewisse „Führer“ glaubten, den Loslösungsbestrebungen durch Gründung eigener „Saargewerkschaften“ Vorstoß leisten zu müssen, da zeigte es sich, daß auch die Arbeiterschaft in diesen Organisationen ohne Unterschied der Richtung diese Bestrebungen ablehnte, indem sie die Renegaten allein ließ. Leider scheint man heute, wo bittere Not unter der Saararbeiterschaft herrscht, diese nationale Haltung vergessen zu haben.

Sehr interessant ist nun die Statistik über die saarländischen Hütten, Werke und Fabriken (von Banken usw. wollen wir absehen); die unter dem maßgebenden Einfluß französischer bzw. ausländischer französischfreundlicher Gesellschaften stehen.

In erster Linie wäre der Bergbau mit etwa 68 000 Arbeitern zu nennen. Dann die hauptsächlich unter französischem oder belgisch-luxemburgischem Einfluß stehenden Hüttenwerke mit einer Belegschaft von etwa 32 000 Mann. Neben diesen Industriezweigen stehen aber auch die Werke der weiterverarbeitenden Eisenindustrie sehr stark unter Botmäßigkeit französischer Kapitalisten. Die Aktien der maßgebendsten Werke gehören überwiegend Franzosen. Es mögen in diesen Betrieben etwa 10 000 bis 12 000 Arbeiter beschäftigt sein. Auch in der Glas- und Keramikindustrie sind ungefähr 4000 bis 5000 deutsche Arbeiter von dem Willen französischer Aktionäre abhängig. Insgesamt sind im Saargebiet über 120 000 Arbeiter in Betrieben tätig, die vollständig unter französischem Einfluß stehen.

Obwohl diese Aufstellung keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit hat, gibt sie die tatsächlichen Verhältnisse ziemlich richtig wieder.

Nachdem durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die endgültige Liquidierung der Saarfrage vor 1935 erwartet werden darf und das Übergewicht des französischen Kapitals im Saargebiet, selbst wenn es zur Abstimmung kommen sollte, den Völkerbundsrat in seiner letzten Entscheidung nicht beeinflussen dürfte, muß die Arbeiterschaft wünschen, daß schon heute von den verschiedensten Stellen, wozu auch die deutschen Industrieunternehmen zu zählen sind, die ihre Saarwerke seinerzeit den Franzosen überließen, Mittel und Wege gesucht werden, die eine neue Umstellung möglichst störungslos ermöglichen. Ob diese Frage bei den Verhandlungen über die Schaffung der internationalen Rohstoffgemeinschaft bzw. Eizentrusts zwischen deutschen und französischen Industriellen eine Rolle spielt, entzieht sich der Kenntnis der deutschen Saararbeiterschaft. Für die deutsche Saararbeiterschaft handelt es sich hier um eine Existenzfrage. Heute liegen nämlich die Dinge folgendermaßen: Der Einzug des französischen Industrie- und Bankkapitals geschah in erster Linie aus politischen Gründen, dann erst waren profitwirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Nachdem aber, in erster Linie dank des Verhaltens der Arbeiterschaft, die politische Mission des Kapitals als gescheitert gilt, trat das Profitinteresse in den Vordergrund. Klar und deutlich zeigte sich diese Linie der Entwicklung. Waren auch in den Jahren 1919–24 die Verhältnisse für die Arbeiterschaft nicht rosig, so doch immerhin bedeutend besser als heute. Es wäre durchaus falsch, für die heutigen unzureichenden Löhne im Saargebiet die Inflation des französischen Franken allein verantwortlich zu machen. Der Lohndruck greift zurück bis in das Jahr 1924, im Verhältnis zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage geht es der Saarindustrie nicht einmal gerade schlecht.

Was heute an französischen Aktionären einschließlich der Bergwerksdirektoren, im Saargebiet vorhanden ist, will vor Toresschluß verdienen. Verdienen um jeden Preis, gleich wo und wie. Ob der Arbeitsmann und seine Familie hungert, ob die Invaliden der Arbeit und ihre Angehörigen verelenden, ist Nebensache, es muß noch schnell und viel verdient werden.

Diese Entwicklung kann und darf nicht so weiter gehen. Es muß Pflicht der maßgebenden deutschen Reichs-, Industrie- und Gewerkschaftskreise sein, einzugreifen ehe es zu spät ist.

Die Zukunftsaufgaben des Saargebiets.

Die Handelskammer Saarbrücken beschäftigte sich in ihrer Vollversammlung vom 30. September mit der wirtschaftlichen Gestaltung des Saargebiets, wie sie sich nach dem abgeschlossenen Saarzollabkommen, wie überhaupt nach der neuen außen- und wirtschaftspolitischen Entwicklung der europäischen Gesamtlage ergibt. In einem umfassenden Bericht wies der Präsident der Handelskammer, Herr Luitwin von Boch Mettlach, auf die Notwendigkeit hin, das bisher erzielte Ergebnis nach den verschiedensten Richtungen hin zu ergänzen und zu erweitern. Er ging dabei von dem Standpunkt aus, daß die gesamtpolitische Entwicklung, die eine Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen ergeben werde, die Frage der Rückführung des Saargebiets in die deutsche Staatseinheit für das Saargebiet Zukunftsaufgaben auslöst, die sich vor allem auf dem Gebiet der Saarwirtschaft ergeben müssen.

Wie außerordentlich schwierig sich diese Frage gestalten werde, gehe besonders aus der Tatsache hervor, daß auch das Währungsproblem noch seiner Lösung harre.

In Verbindung mit diesen Zukunftsfragen sei es u. a. notwendig, seitens der Saar die Kämpfe mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, die neuerdings von anderen deutschen Industriegruppen um die Erzielung verbesserter Verkehrsverhältnisse geführt würden. Der Wurmbeizert habe im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung die Forderung gestellt, seine Absatzverhältnisse durch Bau des Aachen-Neuß-Kanals zu fördern. Das Ruhrgebiet fördere für sich die Verbesserung des Dortmund-Ems-Kanals und den Bau des Hansa-Kanals nach Bremen und Hamburg. Die Saar müßte sich angesichts dieser Bestrebungen und vor allem im Hinblick auf den späteren Rückauf der Gruben darüber klar werden, daß diese Projekte des Wurm- und Ruhrgebietes, wenn nicht direkt, so doch indirekt dazu geeignet seien, die Absatzverhältnisse des Saargebietes wesentlich zu beeinträchtigen. Es sei z. B. zu befürchten, daß ein erhöhter Inlandsabfuhr der Wurmkohle die Ruhr zwingen werde, noch stärker in das alte Absatzgebiet der Saarkohle vorzudringen. Die Verbindung der Ruhr mit der Elbe durch den Bau des Hansa-Kanals würde weiter die Konkurrenzfähigkeit der Saarkohle in Mitteldeutschland und Sachsen beeinträchtigen. Die hierdurch bedrohte Absatzmöglichkeit der Saarkohle sei nicht nur ein reines Kohlenproblem, sondern ein Industrie- und Wirtschaftsproblem für die Saarwirtschaft überhaupt insofern, als die Saarindustrie nur dann mit billiger Industriekohle rechnen könne, wenn die für ihre Zwecke hochwertigen Kohlenarten reichlichen Absatz in anderen Gebieten fänden. In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen von Prof. Dr. Kuste in der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 724 vom 29. 9. 1926 hinsichtlich seiner Stellungnahme zum Wurmkanal von allgemeiner Bedeutung für das Saargebiet. Kuste weist bei seinen Ausführungen darauf hin, „daß in den letzten Jahren die Saarkohle vom süd- und westdeutschen Markt durch die anderen Herkunftsorte sehr erheblich verdrängt worden ist. Ihr Anteil am süddeutschen Kohlenempfang auf dem direkten Bahnwege — ein anderer ist nur wenig möglich — habe sich von 1913 bis 1925 von 44 auf 18 Proz. (das ist von 3 000 000 Tonnen auf 880 000 Tonnen) vermindert. Wenn das Saargebiet wieder, wie früher, am deutschen Wirtschaftsverband teilnimmt, muß es auch nach seinem natürlichen Kohlenmarkt nach Süddeutschland zurückkehren können. Das Deutsche Reich und der preussische Staat werden schwerlich solche deutsche, im Grunde gegen die Saar gerichteten Maßnahmen, wie den Bau des Aachener Kanals, verantworten können. Das von der Aachen-Stollberger Kanalpropaganda so nachdrücklich ins Feld geführte nationalpolitische Motiv wird dem Saargebiet gegenüber mindestens nicht weniger als für das Wurmrevier gelten.“ In Fortsetzung dieser Gedankengänge des Prof. Dr. Kuste wäre es insoweit für das Saargebiet das Gegebene, sich gegen den Wurmkanal mit seiner Verletzung der Absatzinteressen des Saargebietes zu wenden. Jedoch ist die Lage des Saargebietes ähnlich wie die der Wurm. Unabhängig von westdeutschen Kanalplänen wird sich nach wie vor die periphere Lage des Saargebietes zuungunsten der saarländischen Absatzinteressen auswirken. Die Saarwirtschaft sieht sich daher in Wahrung ihrer berechtigten Interessen veranlaßt, die Erstellung ausreichender Verkehrswege zu ihren süddeutschen Absatzgebieten zu fordern.

Bei der Frage der Verbesserung der saarländischen Verkehrsverhältnisse, bei der Schaffung eines Wasserweges vom Saargebiet nach dem Rhein, tauche natürlich sofort der alte Vorschlag des Saar-Mosel-Kanals wieder auf, der jahrelang heiß umkämpft, aber unter den Kriegs- und Nachkriegsverhältnissen nicht zur Durchführung kommen konnte. Hinsichtlich des Saar-Mosel-Kanals sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Entfernung von der Ruhr bis Koblenz höchstens 140–160 Kilometer betrage. Dieser Frachtwortprung der Ruhr bis Koblenz sei es seinerzeit ge-

wesen, der die preussischen Saargruben in ihrer ablehnenden Haltung dem Saar-Mosel-Kanal gegenüber bestimmte. Es sei daher zu erwägen, bei Wiederaufnahme dieser Pläne auf einen noch älteren Vorschlag zurückzugreifen, der bereits in einer Entschließung der Handelskammer zu Saarbrücken aus dem Jahre 1888 zum Ausdruck komme und die unmittelbare Verbindung mit dem Rheine nach der Gegend von Ludwigshafen fordere. Bevor man sich in der einen oder anderen Frage schlüssig werde, sei selbstverständlich die technische Durchführung auf das sorgfältigste zu prüfen. Erst an Hand technischer Gutachten könne die Saarwirtschaft sich für den einen oder anderen Weg entscheiden. Es sei jedoch jetzt schon notwendig, grundsätzlich die

Kanalverbindung des Saargebietes mit dem Rhein

zu fordern, da sich nur unter dieser Voraussetzung die Absatzfrage der Saarkohle und damit die Zukunft der Saarwirtschaft zufriedenstellend regeln lassen werde. Es sei weiter notwendig, diese grundsätzliche Forderung bereits jetzt zu erheben, da der Kanalbau einer der wesentlichsten Voraussetzungen für eine reibungslose Wiederangliederung des Saargebietes an das deutsche Wirtschaftsgebiet sei und voraussichtlich wesentlich dazu beitragen könne, die Übergangs- und Stabilisierungskrise zu mildern.

Nach lebhafter Aussprache über die sich aus dem Kanalprojekt ergebenden Fragen, beschloß die Kammer einstimmig, den Arbeitsausschuß und die Geschäftsführung zu ermächtigen, die für den Kanalbau erforderlichen Vorarbeiten in dem besprochenen Sinne durchzuführen.

Die Kammer beschäftigte sich weiter sehr eingehend mit den schwebenden Zollfragen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auf Grund der am Tage der Vollversammlung zu erwartenden internationalen Eisenverständigung möglich sein werde, das am 5. August 1926 abgeschlossene Saarzwischenabkommen hinsichtlich der Ausfuhr saarländischer Eisen- und Stahlerzeugnisse und der Einfuhr deutscher Maschinen, Maschinenteile und Werkzeuge, einschließlich der sonstigen, bisher unregelmäßig zu ergänzen. Erfreulicherweise sei das Saarabkommen vom 5. August 1926 inzwischen in Kraft getreten, so daß wenigstens für einen Teil der saarländischen Wirtschaft sich gewisse Zollerleichterungen fühlbar machten. Die Verteilung der im Saarabkommen vorgesehenen Kontingente stütze sich im wesentlichen auf die Vorarbeiten der Handelskammer, deren reibungslose Mitarbeit bei der Verteilung der Kontingente in einem Schreiben der Regierungskommission des Saargebietes besonders anerkannt werde. Auch das Einspruchsverfahren sei inzwischen ohne wesentliche Änderung des vorläufigen Verteilungsplanes beendet. Weiter wird festgestellt, daß sich die Hoffnungen, die auf das deutsch-französische Provisorium als Ergänzung des Saarzwischenabkommens gesetzt wurden, nur in sehr bescheidenen Formen erfüllt haben. Die französischen Zugeständnisse im deutsch-französischen Provisorium erwiesen sich in der Praxis vielfach als durchaus ungenügend, insofern nicht nur viele lebenswichtige Warengruppen unberücksichtigt geblieben sind, als auch die tatsächlich gewährten Zollerleichterungen nicht weitgehend genug sind, um einen Bezug zu ermöglichen. Trotzdem begrüßt die Kammer das Provisorium als ersten Schritt auf dem Wege zum endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrag. Sie spricht weiter die Hoffnung aus, daß sich der Handel des Saargebietes, gestützt auf seine Erfahrungen mit den französischen Zollbestimmungen mehr und mehr zu einem Vermittler im deutsch-französischen Güterausgleich ausbilden möge.

Mit besonderer Freude und Genugtuung nahm die Kammer davon Kenntnis, daß es am 14. September 1926 gelungen sei, die Verhandlungen über die Regelung des kleinen Grenzverkehrs durch Unterzeichnung eines Abkommens über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der deutsch-französischen Grenze zum Abschluß zu bringen. Auch über die Frage des kleinen Grenzverkehrs im engeren Sinne sei eine Einigung erzielt. Die formelle Unterzeichnung dieses zweiten Abkommens stände im Monat Oktober bevor.

★

Ein weiterer Schritt zur Lösung der Saarzollfrage.

Wie die „Saarbrücker Zeitung“ von amtlicher Stelle erklärt, hat die deutsche Regierung mit den an dem westeuropäischen Stahlabkommen beteiligten deutschen Vertretern eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, die als Voraussetzung für die Zustimmung der Regierung zu den — im Prinzip als privat angesehenen — Verträgen zu gelten haben. Von größter Wichtigkeit ist die Abmachung, daß der Eisenpakt gekündigt werden muß, wenn ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommt. Die Vertragspartner sind naturgemäß von den deutschen Vertretern über diese Bindung auf dem

genaueste unterrichtet worden. Bei den Abmachungen über die Einfuhr saarländischen Stahls nach Deutschland und die Festsetzung des Kontingents für das Saargebiet ist unter Zustimmung der deutschen Regierung vorausgesetzt worden, daß der aus dem Saargebiet eingeführte Stahl den deutschen Zoll nicht zu tragen braucht. Hierbei ist die endgültige Regelung der Zollfrage den Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung vorbehalten worden. Es ist daher noch unbestimmt, ob der Zoll jährlich festgelegt, ob Kontingente festgelegt oder aber ob die Zölle vorläufig weiter gestundet werden mit der Maßgabe, daß eine spätere Zahlung erlassen wird. Das größte Hindernis, das bisher einer befriedigenden Regelung der Saarzollfrage im Wege steht — der Widerspruch der lothringischen Industrie gegen eine Vorzugsbehandlung der Saareisenausfuhr nach Deutschland — ist auf jeden Fall durch den Eisenpakt beseitigt. Bekanntlich hatte Lothringen die Inkraftsetzung des provisorischen Saarzollabkommens vom 11. Juli 1925, das für die Saareisenindustrie ein zollfreies Kontingent nach Deutschland von 752 000 Tonnen jährlich vorsah, durch die Verweigerung seiner Zustimmung verhindert, die an die für die Saarindustrie untragbare Bedingung geknüpft, daß die Saarindustrie für jede Tonne nach Deutschland ausgeführten Eisens eine bedeutende Vergütung an Lothringen zahlen sollte. Der Eisenpakt hat diese lothringische Forderung gegenstandslos gemacht, so daß ein entscheidender Fortschritt auf dem Wege zur Lösung der Saarzollfrage gemacht ist.

Die Entwicklung der Saarzollfrage im Zusammenhang mit der internationalen Eisen-

verständigung, behandelte ein Vortrag, den Syndikus Dr. Bütte in der letzten Vollversammlung der Saarbrücker Handelskammer machte. Er führte unter anderem folgendes aus:

Die Bedeutung des (am 30. September zustande gekommenen) Eisenpaktes liege für das Saargebiet darin, daß die zollfreie Einfuhr des Saareisens hiermit vertraglich festgelegt sei. Die einzige Frage, deren Regelung jetzt noch ausstehe, besteht darin, ob man sich jetzt mit einem zweiten Saarzwischenabkommen abfinden solle, oder ob es nicht zweckmäßig sei, nunmehr auf eine endgültige und umfassende Sonderregelung der Saarzollfrage hinzuwirken. Für diese letztere Lösung spreche u. a. der Umstand, daß das Saargebiet gemeinsam mit der deutschen Industrie das größte Interesse an einer baldigen Regelung auch der Einfuhrfragen, insbesondere soweit die Belieferung mit Maschinen usw. in Frage komme, habe. Inwieweit eine solche Regelung mit den bevorstehenden endgültigen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in Einklang zu bringen sei, stehe noch dahin. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, daß aller Voraussicht nach der endgültige Vertrag noch geraume Zeit auf sich warten lassen werde. Der für den 1. September in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über den neuen französischen Zolltarif sei anscheinend von seiner Fertigstellung weit entfernt. Für die Saarwirtschaft sei jede neue Verzögerung höchst unerwünscht. Aus alledem ergebe sich die Forderung, die Saarzollfrage getrennt zu behandeln, um sie endlich aus der Welt zu schaffen.

Gespannte Lage im Saarbergbau.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Die Bergarbeiter des Saargebietes stehen seit einiger Zeit wieder in einer Lohnbewegung, die sich in den letzten Wochen derart zugespitzt hat, daß an der Saar mit einem Bergarbeiterstreik zu rechnen ist, wenn die französische Bergverwaltung sich nicht bereit findet, die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nach Lohnerhöhung in einer angemessenen Weise zu erfüllen. Auf Grund einer gemeinsamen Eingabe der in Betracht kommenden gewerkschaftlichen Organisationen, durch die die Bergwerksdirektion um Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Lohnerhöhung gebeten wurde, fand am 29. September eine Besprechung zwischen Vertretern der Generaldirektion und der Gewerkschaften statt, die zu keinem Erfolg für die Arbeiterschaft führten. Von den Vertretern der französischen Grubenverwaltung wurde erklärt, daß sie zurzeit eine Lohnerhöhung ablehnen müßten, weil die Löhne seit Mai d. J. monatlich gestiegen seien, und die Teuerung im letzten Monat nicht wesentlich zugenommen habe. Auch seien die Leistungen der Belegschaft zurückgegangen, und die Erträge der Saargruben sehr niedrig. Die Vertreter der Gewerkschaften betonten demgegenüber u. a., daß sich die Lage der Bergleute in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert habe. Zur Begründung verwiesen sie auf die Teuerungsziffern der Stadt Saarbrücken; jedoch ohne Erfolg. Daraufhin richteten sie an den Verwaltungsrat der Saargruben in Paris eine Eingabe, in der es u. a. folgendermaßen heißt:

„Die Lebenshaltungskosten zeigten seit Einführung des Franken eine rapide Aufwärtsbewegung. Die Löhne sind in keiner Weise der sich immer mehr bemerkbar machenden Teuerung gefolgt. So betrugen z. B. die Lebenshaltungskosten

im September 1925 . . . 477,5	im Mai 1926 . . . 541,4
im Januar 1926 . . . 491,4	im Juni 1926 . . . 573,7
im Februar 1926 . . . 495,8	im Juli 1926 . . . 616,2
im März 1926 . . . 504,3	im August 1926 . . . 647,1
im April 1926 . . . 518,5	im September 1926 . . . 659,5

Dieses ergibt eine Steigerung der Teuerung um 182 Punkte, indessen die Löhne in dieser Zeit nur um 7,85 Fr. gestiegen sind. Mitin steigt die Teuerung um 38 Prozent in einer Zeit, in welcher die Löhne nur eine Erhöhung von 27,1 Prozent erfahren, so daß wir mit dem Lohn gegenüber der Teuerung noch um annähernd 11 Prozent zurück sind. Dieses Zurückbleiben der Löhne gegenüber der Teuerung macht sich

bereits in der Leistung der Saarbergleute bemerkbar. Es darf nicht vergessen werden, daß die heutigen Löhne, gemessen an dem Goldwert, noch hinter den Friedenslöhnen zurück sind, indessen die heutigen Kohlenpreise die Preise von 1913 für das hiesige Gebiet schon überholt haben. Unter diesen Umständen ist ein Zurückgehen der Leistung verständlich; denn die kann nur hochgehalten werden, wenn die Bergarbeiter imstande sind, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft zu kaufen.

Wir ersuchen deshalb den Verwaltungsrat der Saargruben, auf die hiesige Generaldirektion einzuwirken, damit die Löhne entsprechend der Teuerung erhöht werden.“

Es wird in der Eingabe des weiteren darauf verwiesen, daß bei Verhandlungen, die Ende 1924 und Anfang 1925 zwischen dem Minister de Monzie und den Gewerkschaften stattfanden, der Minister zugesagt habe, daß die Teuerungszahlen als Grundlage für die Lohngestaltung auf den Saargruben dienen sollten, was allenthalben, und besonders von der Bergarbeiterschaft, so aufgefaßt worden sei, daß sich die Löhne durch diese Zusage der Teuerung sozusagen automatisch anpassen würden. Die Arbeiterschaft faßt daher die jegliche Weigerung der Grubenverwaltung, diese Anpassung der Löhne vorzunehmen, als einen Wortbruch auf, der um so verbitternder wirkt, weil die Bedürfnisse der Arbeiterfamilien im Herbst infolge der notwendigen Beschaffung des sogenannten Winterbedarfs erheblich größer als in den vorhergehenden Monaten sind und sie auch glauben, Grund zu der Annahme zu haben, daß die besonders auch in Frankreich so stark betonte Bereitwilligkeit zu einer loyalen Verständigung mit Deutschland dazu führen würde, daß man auch den Saarbergleuten gegenüber in der Lohnfrage etwas entgegenkommender sein werde. Die Bergarbeiter sehen sich also in doppelter Hinsicht enttäuscht, ganz abgesehen davon, daß auch die politische Einstellung Frankreichs nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und nach den sich daran anschließenden Besprechungen in Thoiry und Paris, insbesondere aber Poincarés letzte Reden Veranlassung zu der Annahme gegeben haben, daß den meisten führenden und vor allem den ausschlaggebenden Politikern Frankreichs der Wille zu einer wirklich ehrlichen Verständigung mit Deutschland fehle und sie nur, oder zum mindesten in der Hauptsache nur, durch die finanzielle Notlage Frankreichs zu der verträglichen außenpolitischen Tonart in ihren Äußerungen gekommen seien und selbst dann, wenn Irland auch ernsthaft bestrebt sei, seinen Worten entsprechende Taten folgen zu lassen, er die namentlich von Poincaré zusammengetragenen Hindernisse in absehbarer Zeit kaum zu beseitigen in der Lage sein werde.

An eine schnelle, für Deutschland und das Saargebiet günstige Vereinigung der deutsch-französischen Verhältnisse und an ein baldiges gutes nachbarliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich — das man hier an der Saar in erster Linie in der Arbeiterschaft sehr begrüßen würde — kann man trotz des besten Willens hierzu leider noch nicht recht glauben. Die Arbeiterschaft der Saargruben, die von den französischen Beamten und der französischen Regierung planmäßig belogen und betrogen und unterdrückt worden ist, kann nicht so leicht an eine tatsächliche und grundsätzliche Wendung zum Besseren glauben. Bevor sie ihre Ansicht ändern kann, muß sie Taten sehen, und zwar solche, die die Gewähr für eine wirkliche dauernde innere Umstellung bieten. Man ist hier in allen Kreisen — auch in den äußerst links stehenden — sehr mißtrauisch geworden gegenüber allem, was von Frankreich kommt. „Das gebrannte Kind scheut das Feuer,“ sagt ein altes Sprichwort, das man hier an der Saar in bezug auf Frankreichs Haltung immer wieder sagen hören kann.

Hinzu kommt, daß allenthalben — also nicht nur in Bergarbeiterkreisen — befürchtet wird, daß die französische Regierung bei ihren augenblicklichen Bestrebungen, den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, wobei sie nicht zuletzt auch an Sparmaßnahmen und Abbau denkt, geneigt sei, aus den Saargruben besonders viel herauszuholen und sich daher stärkstens sträuben werde, auch Lohnforderungen, die unbedingt gerechtfertigt sind und die auch an sich wirtschaftlich tragbar wären, aus allgemeinen finanzpolitischen Erwägungen und Bestrebungen heraus abzulehnen, also, daß die Saarbergleute wieder einmal unter den großen Stabilisierungsversuchen mehr als andere Kreise leiden sollen. Daß solche Sorgen begründet sind, ist nicht zu bestreiten. Niemand wird aber erwarten können, daß die Saarbergleute sich ohne Widerstand eine besondere Ausbeutung zugunsten der Sanierung des französischen Franken gefallen lassen. Das können sie einfach nicht. Dafür ist ihre Not viel zu groß. Sie müssen daher mit allen ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln versuchen, nicht nur die drohende weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage zu verhindern, sondern auch bestrebt sein, die versäumte Angleichung der Löhne an die Teuerungsziffern nachzuholen. Wahrscheinlich wird es daher zu einer erneuten Kraftprobe zwischen der französischen Bergverwaltung und den Saarbergleuten kommen. Daß die Bergleute dabei auf die Sympathien der übrigen Bevölkerung rechnen können, ist keine Frage. Einmal deswegen nicht, weil ihre Notlage allgemein bekannt ist, und zum anderen, weil fast die gesamte Bevölkerung, besonders der handels- und gewerbetreibende Teil, durch die zu niedrige Entlohnung der Bergarbeiter leidet. Hier an der Saar hängt das wirtschaftliche Wohl weitester Kreise eben von der

Kaufkraft der über 73 000 Bergleute ab, die mit ihren Angehörigen fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Saargebietes ausmachen.

Aber Sympathien, so wertvoll sie auch in einem Wirtschaftskampfe für die Arbeiterschaft sind, entscheiden nicht in erster Linie über Erfolg oder Niederlage. Daher werden die Bergleute sich bei ihren Entschlüssen hiervon auch nicht entscheidend beeinflussen lassen, sondern die sonstigen Umstände, die für die erfolgreiche Durchführung eines Streiks in Frage kommen, sorgfältig prüfen. Dabei kommt ihnen sehr zuustatten, daß sie 1923 den 100tägigen Streik erfolgreich beenden konnten. Ihr Mut und Kräftegefühl ist dadurch erheblich gestiegen, namentlich bei den langjährig gewerkschaftlich organisierten. Hinzu kommt, daß der Stand der Gewerkschaftsbewegung an der Saar, was Mitgliederzahlen und Klassenverhältnisse betrifft, recht gut ist. Ganz besonders günstig für einen Wirtschaftskampf im Bergbau ist aber die augenblickliche Lage des Kohlenmarktes. Infolge des langandauernden englischen Bergarbeiterstreiks sind auch die größten Kohlenlager Europas so gut wie restlos verschwunden. Dabei stehen wir vor dem Winter mit seinem großen Bedarf für den Hausbrand. Wer in den letzten Wochen die Presse, besonders auch die französische, verfolgt hat, fand, daß darin eine recht große Besorgnis über die Möglichkeit der Deckung des Kohlenbedarfs für die kommenden Monate zum Ausdruck kam. Ganz abgesehen davon, daß ein längerer Streik der Saarbergleute für die französischen Finanzen und damit auch für die Währungsstabilisierung in Frankreich recht unangenehme Folgen haben wird, werden auch die an einer ausreichenden Kohlenversorgung interessierten Wirtschaftskreise Frankreichs es der französischen Regierung im Augenblick sehr übel nehmen, wenn sie es an der Saar zu einem Streik kommen ließ, zumal man denn auch in diesen Kreisen unangenehme Rückwirkungen auf die französische Bergarbeiterschaft fürchtet. Nach alledem darf man daher wohl annehmen, daß die bisherige ablehnende Haltung der französischen Bergwerksdirektion nicht endgültig ist und sie, sofern sie nicht mit Blindheit geschlagen ist, einsehen wird, daß die Kräfteverteilung zurzeit für sie bei einem Kampfe nicht günstig wäre. Wenn sie die sich hieraus ergebenden Schlüsse richtig zieht, dann muß sie den Bergarbeitern entgegenkommen, und zwar ausreichend. Den Bergleuten ist es zweifellos angenehmer, wenn sie ohne Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Kampfmittels die verlangte Lohnerhöhung erreichen. Sie sind jedoch fest entschlossen, um jeden Preis eine Aufbesserung der Löhne, die der gestiegenen Teuerung einigermaßen entspricht — das sind mindestens 10—15 Prozent — durchzudrücken. Da sie von der Berechtigung ihrer Forderung voll überzeugt sind und wissen, daß sie berücksichtigt werden kann, ohne größere Schwierigkeiten für die französischen Finanzen mit sich zu bringen, und ihre günstige Position kennen, werden sie sich nicht mit einigen Prozenten abspießen lassen wollen, sondern mit aller Kraft versuchen, ihr Ziel zu erreichen.

Reichsbeihilfen für „Saargänger“-Versicherte.

Ueber Reichsbeihilfen für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets hat der Reichsarbeitsminister folgende Bekanntmachung erlassen:

I. Das Reich gewährt widerruflich Berechtigten, die Leistungen der Sozialversicherung aus dem Saargebiet beziehen und nicht nur vorübergehend außerhalb des Saargebiets im Deutschen Reich wohnen, auf Antrag eine Beihilfe nach Maßgabe der Ziffern II bis VI.

II. Wer von einem Träger der Krankenversicherung des Saargebiets Leistungen der Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe bezieht, erhält eine Beihilfe von 40 RM. für jeden Entbindungsfall.

III. Wer von einem Träger der Unfallversicherung des Saargebiets eine Verletztenrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente oder eine Hinterbliebenenrente bezieht, erhält eine Beihilfe.

Sie beträgt monatlich

- 16 RM. zu einer Vollrente oder einer Hilfslosenrente,
- 12 RM. „ „ Verletztenrente von wenigstens zwei Dritteln der Vollrente,
- 8 RM. „ „ Verletztenrente von wenigstens der Hälfte der Vollrente,

6 RM. zu einer Verletztenrente von wenigstens einem Drittel der Vollrente,

5 RM. „ „ Hinterbliebenenrente.

Bezieht der Berechtigte mehrere Verletztenrenten aus der Unfallversicherung des Saargebiets, so werden die Hundertsätze zusammengerechnet.

IV. Wer eine Rente der Invalidenversicherung von der Landesversicherungsanstalt Saargebiet oder einer Sonderanstalt des Saargebiets bezieht, erhält

1. den Reichszuschuß in der im § 1285 der Reichsversicherungsordnung bestimmten Höhe,
2. eine monatliche Beihilfe von
 - 6 RM. zu einer Invaliden-, Kranken- oder Altersrente,
 - 4 RM. zu einer Witwenrente, Witwenkrankenrente oder Witwerrente,
 - 3 RM. zu einer Waisenrente.

V. Wer von einem Träger der knappschaftlichen Versicherung des Saargebiets eine knappschaftliche Pension oder Hinterbliebenenbezüge empfängt, erhält eine monatliche Beihilfe von

- 6 RM. zur Invaliden- oder Alterspension,
- 4 RM. zu den Bezügen einer Witwe,
- 3 RM. zu den Bezügen einer Waise.

VI. Treffen die Voraussetzungen für mehrere Beihilfen nach den Ziffern III bis V für denselben Empfänger zusammen, so wird die Beihilfe nur einmal, und zwar zum höchsten Betrage gewährt. Der Reichszuschuß nach Ziffer IV Nr. 1 bleibt unberührt.

VII. Die Beihilfe zur Wochenhilfe oder Familienwochenhilfe zahlt die Allgemeine Ortskrankenkasse des Wohnorts des Berechtigten. Anträge sind dorthin zu richten. Besteht für den Wohnort keine Allgemeine Ortskrankenkasse, so ist die Landkrankenkasse zuständig.

VIII. Die Beihilfen zu Leistungen der Unfall-, Invaliden- und Knappschaftlichen Versicherung zahlt die für den Wohnort des Berechtigten zuständige Landesversicherungsanstalt. Anträge sind an die Landesversicherungsanstalt zu richten.

IX. Dem Antrage sind amtliche Unterlagen beizufügen, aus denen sich die Voraussetzungen für die Beihilfe ergeben, z. B. Bescheide des Versicherungsträgers des Saargebiets, Postabschnitte.

X. Die Anträge auf Erstattung der gezahlten Beihilfen sind dem Reichsversicherungsamt einzureichen, und zwar von den Allgemeinen Ortskrankenkassen oder Landkrankenkassen durch das

Reichsversicherungsamt, von den Landesversicherungsanstalten unmittelbar.

Auf Antrag können den Versicherungsträgern (Ziffer VII, VIII) Vorschüsse in angemessenem Umfange gewährt werden.

Das Reichsversicherungsamt bestimmt das Nähere.

XI. Die Fürsorge für Rentenempfänger der Angestelltenversicherung wird durch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besonders geregelt.

XII. Die Beihilfen nach Ziffer II bis V werden vom 1. August 1926 ab gewährt. Berechtigte, die ihren Wohnsitz nach diesem Zeitpunkt aus dem Saargebiet nach dem übrigen Reichsgebiet verlegen, erhalten die Beihilfe von dem auf dem Verzugsmonat folgenden Monatsersten.

Die Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 1926 an die Stelle der Bekanntmachungen über Gewährung des Reichszuschusses zu Renten aus der saarländischen Invalidenversicherung vom 28. Mai 1926 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 126 vom 28. Mai 1926; Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 126 vom 3. Juni 1926) und über Wochenhilfe für saarländische Versicherte außerhalb des Saargebiets vom 15. Juni 1926 (Deutscher Reichsanzeiger, Nr. 139 vom 18. Juni 1926).

Nationale Unzuverlässigkeit!

Soll sie noch belohnt werden?

Aus Saarlouis erhalten wir folgende Zuschrift:

Es passieren gar merkwürdige Dinge im Saargebiet. Auf der einen Seite läßt Herr Morize Naturalisationsanträge in den Papierkorb wandern, auf der anderen Seite haben die Protegés dieses Herrn heute den frechen Mut, den Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen, nachdem ihnen das Wehen eines kräftigen deutschen Windes zum Bewußtsein gekommen ist. Eines dieser Konjunkturmonstra ist der städtische Sparkassendirektor von Saarlouis, Monsieur Siebert (sprich Sibir). Geboren in Großlittersdorf, entdeckte er, der ehemalige Rendant der Kreissparkasse von Jülich, daß im Saargebiet die Konjunktur günstig sei. Flugs eilte er nach dem Saargebiet, nachdem er vorher schnell den Antrag auf Verleihung der französischen Staatsangehörigkeit gestellt hatte, und wurde hier merkwürdigerweise in Saarlouis zum Direktor der städtischen Sparkasse gewählt.

Wer ist nun dieser Siebert? Um es vorweg zu nehmen: Er will zur Abwechslung mal wieder Deutscher werden, und hat zu diesem Zweck nunmehr den Antrag auf Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt. Ein prachtvolles Exemplar.

Den 14. Juli, also den „quatorze juillet“, wie er sich so gerne auszudrücken pflegte, feierte er zweimal durch demonstratives Schwänzen seiner Bürostunden. Entweder blieb er zu Hause oder er wanderte nach seiner geliebten „mère patrie“.

Im Jahre 1923 erging er sich beim Ruhreinbruch der Franzosen und bei der gleichzeitig einsetzenden Separatistenherrschaft in den schärfsten Ausdrücken gegen die deutsche Regierung. Wenn sich irgend jemand der Besatzungstruppen etwas gegen Deutsche erlaubte, erklärte er: „Es geschieht ihnen ganz recht, sie können sich ja fügen.“ Während des Berg- und Hüttenarbeiterstreikes äußerte er gelegentlich, daß die deutsche Regierung unverschämt sei, während die französische Regierung niemals sich derartige Dinge erlaube, wie es die deutsche zu tun pflege. Seinem getreuen Silius gab er anlässlich des großen Streikes einen Revolver und erklärte ihm: Wenn die Kerle dich am Arbeiten hindern wollen, dann schieß' einfach drauf los. Jeden Dienstag in der Woche gastierte er bei der saarländischen Wirtschaftsvereinigung und war öfters Gast des ehemaligen Präsidenten Rault. Wenn jemand sich erlaubte, ihn auf seine Haltung aufmerksam zu machen, so drohte er mit seinen guten Verbindungen, weiterhin korrespondierte er auch des öfteren mit französischen Ministerien.

Gelegentlich einer beantragten Rassenrevision äußerte er, daß er keinen deutschen Revisor vom deutschen Giroverband brauche, da „wir ja mit Deutschland nichts mehr zu tun haben“. Anlässlich der Zeppelin-Edener-Spende äußerte er beim Verkauf der Abzeichen: „Die sollen ihren Kram drüben selber verkaufen, wir haben ja damit nichts zu tun.“ Den „Saar-Kourier“ hielt er

natürlich auch und zwar auf Kosten der Allgemeinheit: die Sparkasse mußte das Abonnement zahlen. Häufig arbeitete er auch nicht zum Vorteil der Kasse, indem er die Anlegung von Markgeldern ablehnte, während alle sonstigen Denissen gehandelt wurden. Seinen Silius hatte er bereits zum französischen Marineingenieur gestempelt, als ihn das Fiasko Frankreichs im Saargebiet dazu mahnte, doch keine Dummheiten nach dieser Richtung zu begehen. Und so durfte denn der Sohn nicht zur größeren Ehre der *mère patrie* französischer Ingenieur werden. Augenblicklich bemüht sich der treffliche Vater, den Sohn in Oldenburg in einer deutschen Anstalt unterzubringen. Zu diesem Zweck stellte der wandlungsfähige „Direktor“ noch beim preussischen Ministerium des Innern den Antrag, seinem Sohne ein Stipendium zum Studium an einer deutschen Anstalt zu gewähren. Höher geht's doch wahrlich nimmer. Daß er einen sehr netten Verkehr mit dem französischen Generaldirektor der Dillinger Hütte hatte, darf als selbstverständlich betrachtet werden. Denn, wo Geld ist, da war und ist Monsieur Siebert auch. Als die Stadt Paris seinerzeit die Saarbündler zu einer kostenfreien Fahrt nach Paris einlud, war natürlich Monsieur an der Spitze. Im Bergmannsheim zu Ensborn fanden des öfteren Zusammenkünfte mit Franzosen statt. Ob er sich dabei um die Nachfolgerschaft Sectors bemühte, ist infolge leicht begreiflicher Diskretion seitens der Franzosen nicht bekannt geworden. Immerhin hielt er sich auch für diesen Posten geeignet. Warum auch nicht?

Beim französischen Ministerium machte er wiederholte Eingaben, damit beim Uebergang des Saargebiets auch die im Saarlande wohnenden Franzosen ihrer Pension nicht verlustig gehen sollten. Man sieht: der kluge Mann baut vor.

In der Vereinigung der französisch gesinnten Elsaß-Lothringer — wir sagen dies zum Unterschied von den deutsch gesinnten Elsaß-Lothringern — spielte er die erste Geige neben dem berühmt gewordenen Postmeister von Saarlouis: Monsieur Lasky. Im Vereins Hause zu Saarlouis, wo die Gesellschaft infolge Unkenntnis der Tendenzen der Vereinigung die erste Versammlung abhalten konnte, fielen heftige Worte gegen Deutschland. Zum Schlusse wurde begeistert die *Marseillaise* gesungen. Das Vereinshaus wurde infolge dieses Vorkommnisses für die Vereinigung gesperrt.

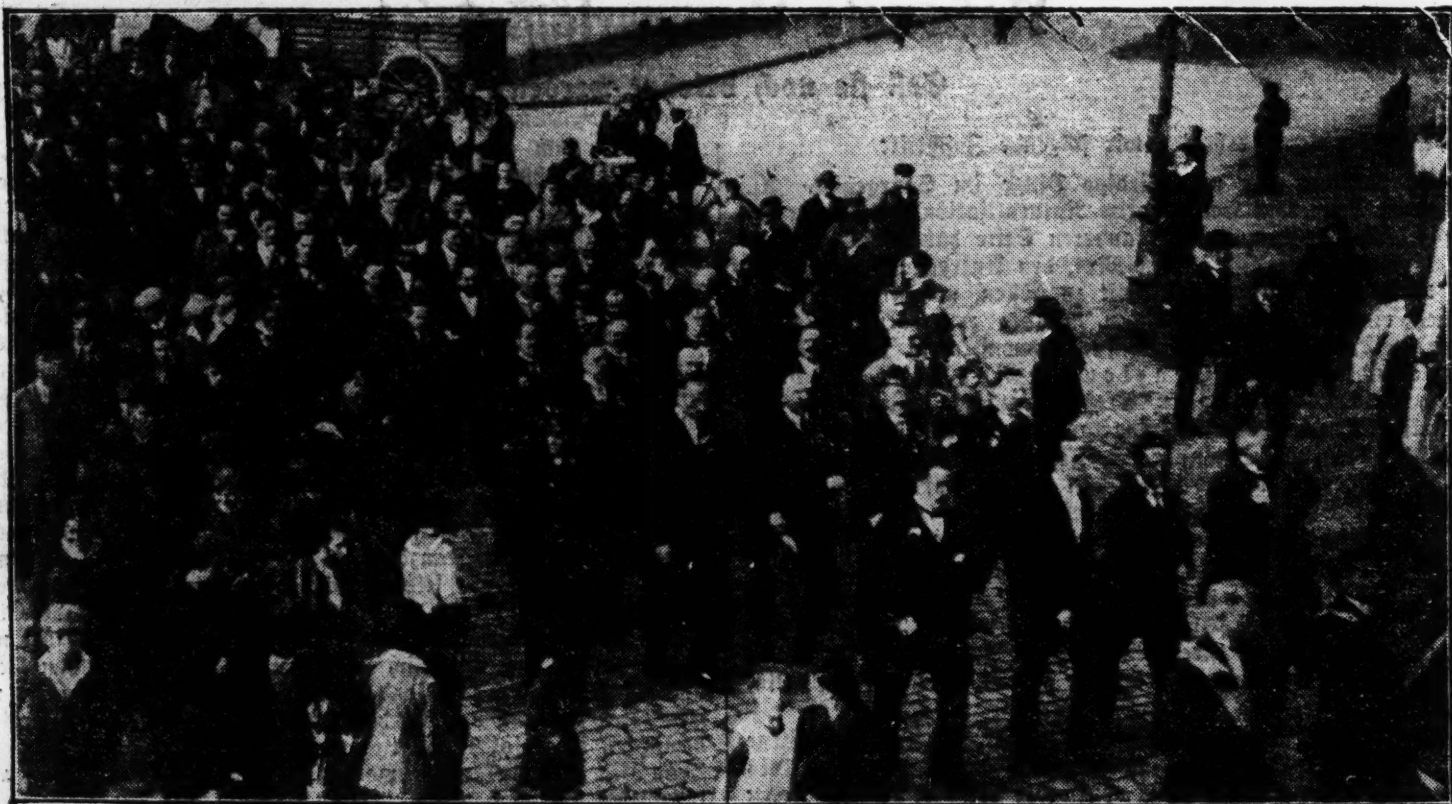
Soll man es für möglich halten, daß ein solches Prachtexemplar zunächst einmal Direktor der Saarlouiser städtischen Sparkasse ist, soll man weiter es für glaubhaft halten, daß ein solcher Mensch noch den Mut besitzt, den Antrag auf Wiedererleihung der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen? Fürwahr, es geht nichts über Unversorgenheit. Wenn die deutsche Regierung diesem Antrag stattgeben sollte, dann richtet sie in Saarlouis und Umgebung großen Schaden an.

Cavete Consules ne quid detriment capiat res germanica.

Konzertreise der vereinigten Sänger des Eisenbahnvereins Berlin nach dem Saargebiet.

Die vereinigten Sänger des Eisenbahnvereins Berlin veranstalteten vom 3. Oktober bis 10. Oktober 1926 eine Konzertreise nach Offenbach, Saarbrücken, Dillingen und Homburg. Der Chor steht unter der Leitung des tüchtigen Chorleiters Paul Hoffmann und zählt 150 Mann. Die geschäftliche Leitung hatte der aus dem Saargebiet ausgewiesene Abgeordnete Karl Ommert als 1. Vorsitzender der Sängervereinigung übernommen. Am 3. Oktober traf der Chor in Offenbach a. Main ein, um abends im Saalbau dortselbst zu konzertieren. Leider war dieses Konzert infolge schlechter Vorbereitung in Offenbach nicht gut besucht. Dafür sollten aber anschließend Konzerte folgen, die alle überfüllt und mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Am 4. Oktober traf der Chor in Saarbrücken ein, aufs wärmste begrüßt von dem Sängerkorps des Eisenbahnvereins Saarbrücken und dem Saarsängerbund sowie nach tausend zählenden Saarbrücker Bürgern, darunter sehr vielen Eisenbahnern. Es wurde bekannt, daß von Seiten der Eisenbahn-

brücken verschönern helfen wollten. Im Festsaal des Rathauses fand ein feierlicher Empfang durch die Stadtverwaltung statt. 1. Beigeordneter Dr. Bauer, der in Vertretung des damals in Berlin weilenden Oberbürgermeisters den Gästen den Willkommensgruß der Stadt Saarbrücken entbot, gab seiner Freude über den Besuch der Sänger aus der Reichshauptstadt Ausdruck und erklärte, mit Stolz sagen zu können, daß das Problem der Abstimmung, die nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet stattfinden soll, in dem letzten Jahre vollkommen geklärt worden sei. Die Volksabstimmung sei mit einem derartigen Ergebnis bereits bei der gewaltigen letztjährigen Jahrtausendfeier des Saargebietes vorgenommen worden, daß in der ganzen Welt kein Zweifel darüber mehr bestehen könne, daß das Saargebiet bis zum letzten ein unlösbarer Teil des Deutschen Reiches sei. Rektor Stein als Vertreter des Saarsängerbundes überbrachte dessen Willkommensgruß und versicherte, daß in diesem historischen



March der vereinigten Sänger des Eij. Vereins Berlin durch Homburg.

Direktion Saarbrücken den Beamten der Eisenbahnwerkstättenbetriebe verboten war, an dem Empfang teilzunehmen, ein Verbot, das in demselben Augenblick wieder aufgehoben wurde, als es zu spät war, an der Feier teilzunehmen. Was damit bezweckt werden sollte, konnte von den Berliner Sängern nicht begriffen werden. Dessenungeachtet war der Empfang in Saarbrücken so herzlich und die Beteiligung daran so zahlreich, daß die Reichsstraße, Kaiserstraße, Luisenstraße, Viktoriastraße sowie der große Platz vor der „Saarbrücker Landeszeitung“ dicht mit Menschen besetzt war. Die Straßen, durch die die Sänger nach dem Rathaus zogen, waren reich besetzt.

Der Vorsitzende der Saarbrücker Eisenbahner, Oberingenieur Decker, begrüßte die Berliner Gäste auf das herzlichste, worauf der Vorsitzende der Berliner Sänger, Herr Ommert, in ebenso herzlicher Weise für die Begrüßung dankte. Der Grundton seiner Ausführungen war: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“, mit welchen er die Anwesenden aufforderte, weiter zu arbeiten für die Befreiung des Saargebietes. Seine temperamentvollen Worte, die in ein jubelnd aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland und das saarländische Heimatland ausklangen, wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Zug setzte sich hierauf nach dem Rathaus in Bewegung, voran eine schneidige Musikkapelle. Schon auf diesem Wege zeigte sich, mit welcher Liebe die Saarbrücker Bewohner den Berliner Gästen die Tage in Saar-

Saal der Pulsschlag deutschen Geistes noch nie aufgehört habe zu schlagen. Treu und gut deutsch immerdar bleibt Volk und Land an der Saar. Am Abend fand ein Festkommers im Katholischen Vereinshaus statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Freundschaftsbände, die voriges Jahr gelegentlich des Besuchs der Saarbrücker Sänger in Berlin angeknüpft wurden, erweitert und gefestigt. Es war ein gegenseitiger Austausch von Erlebnissen, Schilderungen des Lebens an der Saar und der Taten, die das Volk während der schweren Jahre vollbracht hat. Toaste, Gesänge und Musikvorträge gaben dem Abend das Gepräge eines Sängerkommers. Am nächsten Morgen um 10 Uhr versammelten sich alle Teilnehmer in Ehrental zu einer vaterländischen Weisestunde. Hier sprach Pfarrer Reichard-Saarbrücken in einer 15stündigen Rede über das Saargebiet und dessen historische Vergangenheit. Der Eindruck dieser Rede auf die Berliner Sänger war derart, daß den meisten, gerührt über die Standhaftigkeit des Volks, aber auch dadurch, daß dies Volk so viel Leid ausstehen mußte, die Tränen in die Augen traten. Herr Ommert unterstrich die Ausführungen Reichards und forderte auf, die Eindrücke, die man hier und in den folgenden Tagen im Saargebiet sammeln werde, mit nach Berlin zu nehmen und mitzuteilen, damit in immer weitere Kreise auch der Reichshauptstadt bekannt werde, welch treudeutsches Volk dort unten an der Saar wohnt. Nach diesem vaterländischen Gottesdienst wurden die Sänger,

unter Führung des Eisenbahningenieurs Karl Hahn, über den Späherberg nach dem Winterberg geführt, wo ihnen die historischen Stätten dieses Höhepunktes erklärt wurden.

Abends um 6.30 Uhr fuhren die Sänger nach Dillingen, wo sie durch den Saarsängerbund, Gau Dillingen, erwartet wurden. Die Feuerwehr, die Turner- und Radfahrer-Vereine sowie die übrige Bevölkerung der Gemeinde hatten sich eingefunden, die Feuerwehr mit Fackeln, die übrigen mit Lampen. Die Begrüßung am Bahnhof durch Bürovorsteher Kiefer, als Vorsitzenden des Gaues Dillingen, und die Erwiderung des Berliner Führers, Ommert, waren ebenfalls Beweise treuer Sangesbrüderschaft. Der Einzug in Dillingen war ein wirklicher Triumph. Die Häuserfronten waren reichlich besetzt, Feuerwerk wurde abgebrannt, die Fenster waren illuminiert und ganz Dillingen gab den Berliner Gästen das Geleit. Immer wieder jubelnde Zurufe, Begrüßungsrufe aus den Häusern der Einwohner. Das Konzertlokal wurde schon von einem Bruchteil der Mitgekommenen überfüllt, so daß draußen vor dem Lokal noch 2—3000 Menschen auf Eingang hofften. Durch offene Türen und Fenster wurde auch diesen die Möglichkeit gegeben, dem Konzert zuzuhören. Bürgermeister Nicola begrüßte in lebenswürdiger Form die Berliner, indem er dem Führer derselben ein

Schon am Bahnhof waren die auswärtigen Gäste von Homburger Jungfrauen mit Blumen geschmückt worden. Ein alter 85jähriger Eisenbahner überreichte Herrn Ommert in bewegten Worten eine Teecrose. Nun ging es hinaus nach dem etwa 20 Minuten entfernt gelegenen Landeskrankenhaus, um den Insassen durch ein Konzert eine Abwechslung zu bieten, was von den Insassen dankbaren Herzens aufgenommen wurde. Der Chef des Landeskrankenhauses sprach außerdem den Berliner Sängern herzliche Dankesworte. Inzwischen waren von der Brauerei Karlsberg 1000 Biermarken à 1 Liter an die Sänger verteilt und beim Eintreffen im Konzertlokal war für jeden Sänger ein großes belegtes Brot von der Sängervereinigung Homburg zur Verfügung gestellt. So gestärkt, konnte abends die Sängerschaft sich der Abwicklung ihres Programms hingeben, das in muster-gültiger Weise seine Erledigung fand. Auch hier wurde wieder dem Dirigenten ein großes Blumenangebinde überreicht.

Schwer war es, von Homburg wegzukommen, da die dortige Bevölkerung bereits die Sänger mit Beschlag belegt hatte und diese durchaus in Homburg behalten wollte. In Anbetracht der großen Aufgabe des kommenden Tages konnte dieses leider nicht



Marß der vereinigten Sänger des E.R. Vereins Berlin nach dem Landeskrankenhaus b. Homburg.

schönes Blumen-Arrangement mit Schleife überreichte, das dieser sofort seinem tüchtigen Chorleiter, Paul Hoffmann, weitergab. Zu schnell waren die Stunden vorüber mit Gesang- und Musikvorträgen und schwer wurde der Abschied. Auch hier sollte sich zeigen, was Dillinger Gastfreundschaft heißt. Die Dillinger Sangesbrüder brachten den Chor wieder zur Bahn und sangen ihm solange Abschiedslieder, bis sich der Zug in Bewegung setzte.

Am nächsten Tage war Konzert in Homburg (Pfalz). Was in Dillingen an Feuerwerk, Illumination und Fackeln geschah, sollte in Homburg durch Blumen ersetzt werden. Schon der Empfang am Bahnhof durch eine frühere bayerische Militärkapelle, an der Spitze der Kapellmeister Schmelzer, war erhebend. Darauf die Begrüßung durch den Adjunkt Homburgs und 1. Vorsitzenden des dortigen Saarsängerbundes, Malermeister Spieß, sowie des Vorsitzenden des dortigen Sängervereins, Regierungsrat Biehler. Nachdem die Sängersprüche gegenseitig gewechselt waren, wurde der deutsche Sängerspruch „Grüß Gott mit hellem Klang“ gemeinsam unter der Leitung des Dirigenten Paul Hoffmann gesungen — ein mächtiger, eindrucksvoller Chor. Der Einmarsch in Homburg war ein Ereignis. Die ganzen Häuserfronten dicht mit weiß-blauen Fahnen geschmückt. Aus den Fenstern wurden die Sänger mit Blumen geradezu überschüttet.

geschehen, denn es stand noch das Konzert in Saarbrücken in Aussicht. Auch dieses Konzert war ausgezeichnet besucht und die Sängerschaft entledigte sich ihrer Aufgabe nach sechstägiger Reise vortrefflich. Die Kritiken der Saarbrücker Zeitungen sprachen sich lobenswert über die Leistungen des Chors und besonders über die Tüchtigkeit des Dirigenten aus. Am Schluß des Konzerts in Saarbrücken standen Straßenbahnwagen zur Verfügung, um die Sänger nach dem Vereinshaus Malstatt zu bringen, wo bei einem Tänzchen mit den Damen der Saarbrücker Sangesbrüder die letzten Abschiedsstunden verlebt wurden. Am 8 Uhr 30 Minuten am folgenden Freitag erfolgte die Abfahrt der Berliner Sänger vom Saarbrücker Hauptbahnhof. Der Abschied auf dem Bahnhof war äußerst herzlich. Viele Tausende riefen den scheidenden Berliner Sängern noch das letzte Lebewohl zu. So darf wohl gesagt werden, daß die Sängerschaft ein glänzender Erfolg war. Handelt es sich doch um eine lebendige Propaganda zur Deutscherhaltung unseres Saargebiets. Hier haben unsere Brüder vom Norden mit eigenen Augen gesehen, was in Saarbrücken und im Saargebiet überhaupt los ist. So dürfen die Berliner Eisenbahnjäger mit großer Befriedigung auf die Erfolge zurückblicken, die sie im Saargebiet sowohl im künstlerischen wie auch nationalpolitischen Beziehung erzielt haben.

Kleine Tageschronik.

Wer sabotiert den Anschluß des Saargebiets an den internationalen Luftverkehr?

Das Saargebiet im Flugplan der Deutschen Luft Hansa.

Das Saargebiet gehörte bekanntlich schon vor dem Kriege zu jenen deutschen Gebieten, die der Entwicklung des Luftfahrts wesens die Wege ebnen halfen. Der Saarbrücker Verein für Luftfahrt war einer der eifrigsten in Rheinland-Westfalen, die mit ihren Ballonwettfahrten das Interesse für die deutsche Luftfahrt in weiteste Kreise der Bevölkerung brachten. Der Erfolg dieser Werbetätigkeit zeigte sich, als nach dem Unglück des Zeppelinkreuzers bei Eschertingen das Saargebiet in kürzester Zeit namhafte Summen gesammelt hatte, um dem greifen Pionier auf dem Gebiet des Baues starrer Luftschiffe die Fortführung seines Lebenswerkes zu ermöglichen. Als dann das Flugzeug langsam sich zu einem Faktor der Luftfahrt entwickelte, da war es wieder das Saargebiet, vor allem Saarbrücken und Saarlouis, die durch Veranstaltung von nationalen Schausflügen die Masse der Bevölkerung für das Flugwesen begeisterte. Es ist bekannt, wie im Jahre 1912 Helmut Hirth mit seiner Taube, Benno König mit seinem Luftverkehrs-doppeldecker und Bruno Rahnt auf seinem primitiven Gradecindecker unter Beteiligung von Zehntausenden Menschen auf den St. Arnualer Wiesen ihre erfolgreichen Schausflüge veranstalteten. Nur ein Jahr später gab wiederum das Saargebiet der Bevölkerung im Südwesten Deutschlands Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, welche Entwicklung die deutsche Zivil- und Militärfliegerei genommen hatte, als der Saarbrücker Verein für Luftfahrt es zu Wege brachte, Saarbrücken als zweite Tagesetappe für den Prinz-Heinrich-Flug 1913 festzulegen. Die ausgezeichnete Organisation für die Landung und Unterbringung der an dem Oberrheinischen Zuverlässigkeitsflug beteiligten Flieger und Flugzeuge bewies am besten, wie sehr sich die Bevölkerung des Saargebiets, ihre flugportlichen Organisationen und die in Frage kommenden örtlichen Behörden für die Entwicklung des Flugwesens einsetzten.

Es konnte somit nur eine Frage der Zeit sein, daß Saarbrücken sich einen regelrechten Flugplatz mit Flughalle zulegte. Der wiederholte Besuch von Zeppelinkreuzern war nicht allein ein Erfolg der rührigen Tätigkeit des Saarbrücker Luftvereins, er war Ausdruck des Dankes dafür, daß die Bevölkerung an der Saar dem genialen Werk des Grafen Zeppelin nicht nur begeistertes Interesse, sondern ebenso begeisterte tatkräftige Hilfe zugewendet hatte. Wenn es den Bemühungen des damaligen Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Herrn Mangold, und seiner weitblickenden Verwaltung und Gemeindevertretung auch nicht gelungen ist, eine Zeppelinhalle nach Saarbrücken zu bekommen, weil strategische Gründe dagegen sprachen, so ist das ebenfalls ein Beweis dafür, wie groß alle Zeit das Interesse und die Anteilnahme von Bevölkerung und Behörden des Saargebiets an der Entwicklung der deutschen Luftfahrt gewesen ist. Die schönste Anerkennung für diese tatkräftige Unterstützung aller Zweige der Luftfahrt war jedenfalls der Tag der Einweihung der Saarbrücker Flughallen auf den St. Arnualer Wiesen, aus welchem Anlaß damals insgesamt 24 deutsche Militärflieger aus den Fliegerstationen von Straßburg, Meß, Griesheim, Freiburg usw. unter ihrem damaligen Kommandeur Major Sievert auf dem Luftwege in Saarbrücken erschienen. Solche Menschenmassen, wie an dem damaligen sonnigen Juni-Sonntag nach Saarbrücken geströmt waren, hatte die Metropole des Saargebiets wohl noch nie erlebt. Niemand ahnte damals, wie aus diesem Spiel blutiger, bitterer Ernst wurde, niemand ahnte, daß damals von Frankreich und Rußland die Mienen schon gelegt waren, die in Kürze zur Entzündung des großen Weltkrieges zum Aufstiegen gebracht werden sollten.

Es kam der Weltkrieg und mit ihm entwickelte sich das Flugwesen in allen kriegsführenden Ländern zu jener furchtbaren Waffe, die Tod und Verderben weit hinter die Fronten der kämpfenden Armeen brachten. Frankreich ist es bekanntlich gewesen, das als erste kriegsführende Macht das Flugzeug dazu benutzte, um aus ihm den Tod auf offene friedliche deutsche Städte zu schleudern. Gerade in dem soeben erschienenen Saarländischen 1927 hat sein Herausgeber Albert Zühlke in mühevoller Arbeit all das Material zusammengetragen, das den Nachweis erbringt, wie gewissenlos und völkerrechtswidrig Frankreich die Luftwaffe gegen die so schwer heimgesuchte Stadt Saarbrücken in Anwendung brachte.

Mit der Beendigung des Krieges sah das Saargebiet nur noch die feindlichen Militärflugzeuge. Deutschen Fliegern war selbst das Überfliegen des deutschen Gebietes westlich des Rheins untersagt. Erst mit dem Zustandekommen des Pariser Luftfahrtabkommens zwischen Deutschland und Frankreich ist das Verbot aufgehoben worden. Schon vordem hatte das Saargebiet, gestützt auf seinen Charakter als Völkerbundsland, sich bemüht, das Saargebiet an den internationalen Luftverkehr anzuschließen.

Man hatte mit einer Holländer Luftverkehrsgesellschaft bereits Beziehungen angeknüpft und mit einer Schweizer Luftverkehrsgesellschaft Vorverhandlungen geführt, die darauf abzielten, das Saargebiet in das internationale Flugstreckennetz einzubeziehen.

Als die Hauptschranken für den deutschen Luftverkehr gefallen waren, setzten sofort alle Bestrebungen darauf ein, mit der deutschen Luftverkehrsgesellschaft „Deutsche Luft Hansa A. G.“ zu einem Abschluß zu kommen. Mit Beteiligung städtischer und korporativer Mittel wurde eine Luftverkehrsgesellschaft für das Saargebiet geründet, die vor allem die Herrichtung und Verwaltung des Flugplatzes auf den St. Arnualer Wiesen zu übernehmen hatte. Alle Vorbereitungen waren getroffen, um den Flugverkehr zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland aufzunehmen. Der Erfolg blieb aber aus, weil die Regierungskommission des Saargebiets Schwierigkeiten machte, vor allem die Errichtung funktelegraphischer Anlagen unterlagte.

Angeichts dieser von der Saarregierung ausgehenden Schwierigkeiten faßte die Handelskammer Saarbrücken in ihrer letzten Sitzung die folgende Entschlieung:

„Die Handelskammer bedauert feststellen zu müssen, daß ungeachtet des im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Abschlusses eines deutsch-französischen Luftfahrtabkommens das Saargebiet immer noch auf seine Einbeziehung in den Luftverkehr warten muß. Wertvolle Zeit ist ungenutzt verstrichen! Die Tatkraft, mit der heute alle Kulturstaaten und vorwärtstrebenden Gemeinwesen sich die allseitig erkannten verkehrspolitischen Vorteile des Luftverkehrs zu sichern bemüht sind, läßt die Gefahren erkennen, die jede weitere Verzögerung für das Saargebiet zur Folge haben müßte! Die Entwicklung geht über das Saargebiet trotz dessen wirtschaftlicher Bedeutung und für den Luftverkehr günstigen geographischen Lage hinweg und sucht sich neue Wege. Dieser Gefahr kann nur vorgebeugt werden, wenn seitens der Regierungskommission nunmehr die Initiative ergriffen und mit allem Nachdruck und mit aller Beschleunigung die Voraussetzungen für die Aufnahme des Luftverkehrs geschaffen werden. In Wahrnehmung der von ihr zu vertretenden wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen hält sich die Handelskammer zu Saarbrücken verpflichtet, an die Regierungskommission erneut den dringenden Appell zu richten, sich dieser ihrer Aufgaben nachdrücklichst anzunehmen.“

Gleichzeitig spricht die Handelskammer die zuversichtliche Erwartung aus, daß die fortschreitende deutsch-französische Verständigung dazu beitragen möge, die Regierungskommission zu veranlassen, von ihrer bisherigen ablehnenden Haltung hinsichtlich der Genehmigung der Errichtung einer funktelegraphischen Anlage abzugehen. Es ist nach einmütiger Auffassung der Kammer ein unhaltbarer Zustand, daß einem Kulturland, das zudem der Obhut des Völkerbundes untersteht, technische Errungenschaften von größter kultureller Bedeutung vorenthalten werden. Für die Sicherheit des Luftverkehrs ist überdies die Einrichtung einer entsprechenden funktelegraphischen Sende- und Empfängeranlage unerlässlich.“

Es scheint fast, als ob dieser energische Einspruch Eindruck auf die Saarregierung gemacht hat. Es verlautet nämlich, daß sie beschlossen hat, nunmehr eine Delegation nach Berlin zu entsenden, um mit der Reichsregierung und den sonst in Frage kommenden Stellen über die Einbeziehung des Saargebiets in das deutsche Flugstreckennetz zu verhandeln. Es handelt sich hierbei um eine rein formelle Abrede zwischen Saarregierung und Reichsregierung, da alle anderen Vorbedingungen für die Eröffnung des Flugverkehrs im Saargebiet, wie oben angeführt, bereits erfüllt sind. Jedenfalls hofft man im Saargebiet, daß nunmehr die Saarregierung ihre an Sabotage grenzende Haltung den Luftverkehrswünschen des Saargebiets gegenüber ändert und auf eine Beschleunigung der Verhandlungen mit der Reichsregierung drängt.

Von seiten der Deutschen Luft Hansa sind alle Vorbereitungen für die Eröffnung eines regelmäßigen Flugverkehrs mit dem Saargebiet getroffen worden. Der soeben erschienene Winterflugplan 1926/27 weist bereits als Flugstrecke 51 die von Frankfurt nach Saarbrücken auf. Die Linie soll täglich außer Sonntags befliegen werden. Der Flugplan enthält jedoch die Bemerkung, daß der Eröffnungstermin der Strecke noch bekanntgegeben wird. Für die Flugstrecke Frankfurt a. M.—Saarbrücken ist im übrigen der folgende Verkehrsflugplan aufgestellt worden: Saarbrücken ab 9 Uhr vormittags, an Frankfurt a. M. 10 Uhr 20 Min., ab Frankfurt a. M. 14 Uhr 15 Min., an Saarbrücken 15 Uhr 35 Min. Die Flugstrecke ist mit 175 Kilometern angegeben. Der Preis je

Person beträgt 25 Reichsmark, 10 Kilogramm Gepäck sind Beförderungsfrei, für jedes überschüssige Kilo werden 35 Pf. berechnet. Mit der Eröffnung der Strecke erhält Saarbrücken direkten Anschluß mit Berlin, ab 9 Uhr 30 Min., über Hannover, ab 11 Uhr 30 Min. und Frankfurt an 14 Uhr. Mit diesem Flugzeug wird auch der Anschluß von Hamburg über Hannover in Frankfurt erreicht, desgleichen der Anschluß von Bremen. Andererseits erhält das von Saarbrücken nach Frankfurt abgehende Flugzeug Anschluß nach Essen, Hannover, Berlin, nach Mannheim, Karlsruhe, Basel, nach Bremen, Hamburg usw. und damit auch an die internationalen Fluglinien nach Süden, Norden und Osten.

★

Saarbrücken. Am 1. Oktober waren es 30 Jahre, daß die Saar-Genossenschaftsbank (frühere Gersweiler Spar- und Darlehenskasse) ihre Tätigkeit begonnen hat. Aus diesem Anlaß fand eine kleine Feier statt, die Vorstand, Aufsichtsrat und die Gründer vereinte. — Ein schweres Unglück forderte bei Nancy den Tod eines saarländischen Chauffeurs. Der bei den städtischen Betriebswerken bedienstete Chauffeur Krämer fuhr in der Dunkelheit bei Nancy in einen Schnellzug, der das Auto vollständig zerkümmerte. Während der Chauffeur auf der Stelle getötet wurde, wurde sein Begleiter, ein hiesiger Firmeninhaber und Besitzer des Autos schwer verletzt.

Fischbach. Der evangelischen Kirchengemeinde wurde von der Regierungskommission des Saargebietes die Summe von 15 000 Franks als Beihilfe zu dem Kirchenbau überwiesen.

Holz. Der Neubau der katholischen Kirche macht gute Fortschritte. Der Rohbau mit Ausnahme des Turmes soll noch vor Winter fertiggestellt werden, sodann sollen die Arbeiten bis zum nächsten Frühjahr eingestellt werden.

Schiffweiler. Am Morgen des 12. Oktober wurde der Obersteiger N. in der Nähe der neuen Grubenanlage von mehreren Personen überfallen und beraubt. Der Überfallene, der in der neuen Ansiedlung am Waldestrande wohnt, trug die Lohngelder, etwa 43 000 Fr., in einer Mappe bei sich. Der Überfall erfolgte kaum 100 Meter vor seiner Behausung und wurde von der Frau des Obersteigers zufällig beobachtet. Die Täter, die Masken trugen, schlugen mit einem schweren Gegenstand so lange auf den Obersteiger ein, bis er bewußtlos zusammenbrach und entriß ihm dann die Geldmappe. Die Räuber ergriffen eiligst die Flucht, als die Frau um Hilfe rief. Die sofort aufgenommene Verfolgung verlief ohne Ergebnis, da die Räuber im nahen Walde schnell verschwunden waren.

Siedentalheim. Eine schwere Bluttat ereignete sich nachts in unserem sonst so stillen Orte. Der 56 Jahre alte Former Karl Jeger trat vor seine Haustüre, um einen zwischen jungen Leuten ausgebrochenen Streit zu schlichten und zur Ruhe zu ermahnen. Sofort fielen die jungen Leute über den Mann her und stachen ihn nieder, so daß er sofort tot war. Als der Tat dringend verdächtig wurden zwei junge Leute, Herrmann und Wilhelm Fickinger, verhaftet und in das Gefängnis nach St. Ingbert gebracht.

Neunkirchen. Im städtischen Saalbau wurde die von dem Radioklub Neunkirchen-Wiebelkirchen veranstaltete Funkausstellung in Anwesenheit der städtischen Behörden Neunkirchen und Wiebelkirchen eröffnet. Bürgermeister Dr. Blank gab hierbei seiner Freude Ausdruck über die wohlgeungene und reichbesetzte Ausstellung. Im Saargebiet einen Sender zu erbauen, habe seine Bedenken wegen der Höhe der Kosten; übrigens ständen ja die Anlagen der Umgegend zur Verfügung. Mit Worten der Anerkennung für die reiche Besichtigung der Ausstellung und die geleistete Arbeit erklärte der Bürgermeister die Ausstellung für eröffnet.

Fraulantern. Der Viehhändler Max Salomon von hier wurde am 4. Oktober von dem Landwirt Nikolaus Beder aus Merzig nach kurzem Wortwechsel in seiner Wohnung erschossen. Der Täter wurde festgenommen. Der Wortwechsel ergab sich aus Differenzen wegen eines getätigten Viehhandels.

Reisweiler. Tötlich verunglückt ist ein Alteisenhändler aus Saarlouis 2, als er von der hiesigen stillgelegten Grube Alteisen abfuhr, wobei die Bremse des Wagens versagte.

Personalnachrichten.

Frau Bergrat Jordans †.

Kurz vor der Vollendung ihres 74. Lebensjahres ist in Saarbrücken Frau Bergrat Jordans nach kurzem schweren Leiden verstorben. Der Tod dieser edlen, auf dem Gebiet der Nächstenliebe und des Vaterlanddienstes hochverdienten Frau hat weit über die Grenzen ihrer engeren Heimat Trauer und Schmerz ausgelöst. Sie war mit den Geschicken ihrer Vaterstadt aufs engste verwachsen und empfand die politische Entwicklung der letzten 10 Jahre persönlich mit zunehmendem Schmerz. Durchdrungen von wahrhaftem Bürgergeist, hat sie bis in die letzten Lebensstunden hinein an allem Anteil genommen, was Heimat

und Stadt bewegte, wie sie auch bis zuletzt als echte Patriotin sich in die Reihen derer stellte, die nicht in Worten nur und Liebern, sondern durch Tat und Tat der Nation zu neuem Aufstieg verhelfen wollten. Von altem Saarbrücker Schlag, zeigte sie sich dem Fernstehenden oft scheinbar rauh; in Wahrheit aber durchglühte diese offene, gerade und ehrliche Natur eine warmempfindende Frauenseele, flammte in ihr das Gold seltener Herzensgüte. Nie hat ihr hoher Gerechtigkeitsfönn und ihr stark ausgeprägter Wahrheitstrieb die Wirtlerin und Kämpferin verlassen, nie hat selbstjüchtiges Wollen einen Schatten auf ihr arbeits- und erfolgreiches Leben geworfen.

Welche Prüfungszeit über das Saargebiet mit dem Einzug der Franzosen gekommen ist, hat sie im eigenen Hause mehr als einmal empfinden müssen. Mit natürlichem fraulichem Stolz und nie verhüllter Offenheit hat sie den fremden Eindringlingen jederzeit zu erkennen gegeben, daß sie sie niemals als Sieger betrachte, sie noch weniger als Vertreter einer ritterlichen Nation achten könne. Zu einer solchen Beurteilung der französischen Besatzung hat diese durch ihr Benehmen, durch ihr zum Teil geradezu standalöses Auftreten den Anlaß selbst gegeben. Sie hat sich durch keine Drohung daran hindern lassen, ihrer Meinung über das Verhalten der Franzosen Ausdruck zu geben. So war sie dann bei den Franzosen gehaßt und dennoch geachtet.

Auch wir vom Saar-Berein verlieren in der Entschlafenen eine unerschrodene, eine unermüdliehe Mithelferin. Zu einer Zeit, wo man im Saargebiet ängstlich jede Verührung mit dem Saar-Berein vermied, weil man politische Folgen, persönliche Verfolgungen fürchtete, hat Frau Bergrat Jordans mit uns gearbeitet, mit uns beraten und für die Deutscherhaltung des Saargebietes gekämpft. Gerade durch jene Frau durften wir erfahren, welch reicher Segen bei vertrauensvoller Arbeit zwischen Saargebiet und Saar-Berein zum Besten unserer Saarheimat fließen kann. Wie weit segensreicher hätte das Wirken des Saar-Bereins sein können, wenn nicht eine gewisse Negtlichkeit im Saargebiet der Saarregierung die Möglichkeit gab, die Tätigkeit des Saar-Bereins zu verdächtigen. Heute sind alle jene Vorwürfe, die man gegen den Saar-Berein gerichtet hat, in ein Nichts zerstoßen. Seine Tätigkeit, seine Ziele liegen klar vor Augen. Daß der Saar-Berein in den Zeiten schwerster politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung der Saargebietsbevölkerung durch die französische Besatzung und Saarregierung für Aufklärung über die Zustände an der Saar, über das Sehnen nach deutschbrüderlicher Hilfe gebracht hat, das ist zum Teil jenen Personen mit zu verdanken, die damals schon im Saargebiet mit uns tätig waren. Zu jenen Personen gehörte die soeben verstorbene Frau Bergrat Jordans.

Am 23. Oktober 1852 wurde die Verbliehene als Tochter der angesehenen Saarbrücker Bankierfamilie Schlachter geboren, deren Tradition es war, sich den Aufgaben der bürgerlichen Gemeinschaft und dem Vaterland zu widmen. Dieser Tradition getreu sehen wir in den Augusttagen des Jahres 1870 die 18jährige Johanna bei der Verwundetenpflege und der Fürsorge für die in den Kampf ziehenden Krieger. Im Jahre 1875 zog sie mit ihrem Gemahl, dem Landtagsabgeordneten der National-liberalen Partei, Bergrat Jordans, nach Berlin, wo nicht nur ihr soziales und vaterländisches Sinnen, sondern auch ihr gewecktes politisches Interesse starke Anregungen erhielten. So betätigte sie sich nach ihrer Rückkehr nach Saarbrücken nicht nur in einer Reihe sozialer und allgemeinnützlicher Korporationen und Einrichtungen, wo sie einen starken Einfluß entfaltete (u. a. Vaterländischer Frauenverein, Rotes Kreuz, Kinderkrippe, Altershilfe), sondern auch in der Nationalliberalen Partei. Im Kriege übernahm sie mit Frau Halby die Leitung des Bahnhofdienstes, der mit seinen täglich wachsenden Anstrengungen und Sorgen das höchste Maß an Opferfreudigkeit verlangte. Für diese Tätigkeit wurde ihr das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen, für ihre Tätigkeit im Roter Kreuz die Rote-Kreuz-Medaille 3. und 2. Klasse. Nach dem Kriege widmete sie sich neben ihrer ununterbrochen fortgesetzten sozialen Betätigung vor allem den Bestrebungen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, für die sie buchstäblich bis in ihre Abschiedsstunde tätig gewesen ist.

Am 1. Oktober fand im Hause der Verstorbenen eine Trauerfeier statt. Eine stille Gemeinde aus allen Ständen der Bevölkerung hatte sich eingefunden, um der tapferen treudeutschen Frau noch einmal gemeinsam zu gedenken. In einem Meer von Blumen stand der Sarg aus einfachem Tannenholz. Nach ihrem persönlichen Wunsch war der Sarg nur mit den schwarz-weiß-roten Farben geschmückt, die ihr Symbol sein sollten, daß sie treu bis zu ihrem Tode für das deutsche Vaterland gearbeitet und gesorgt hatte. War doch ihr Lieblingspruch und Leitstern für ihre Arbeit: „Ich bin geboren deutsch zu fühlen, bin ganz auf deutsches Denken eingestellt“. Pfarrer Weißer gab seiner Ansprache das Geleitwort: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des ewigen Lebens geben“. In ergreifenden Worten schilderte er, was die Verstorbene zu allen Zeiten ihrer Vaterstadt Saarbrücken gewesen ist: In den Tagen des Glücks

gehörte ihr Herz und ihre Tatkraft den Armen und Notleidenden. Immer war sie zur Stelle, wo es galt, Gutes zu tun, nie erlahmte ihre durch strengen Gerechtigkeitsinn ausgezeichnete Arbeitskraft. Aber alle Verdienste aus jener Zeit wurden in den Schatten gestellt durch die tapfere und unerschrockene Haltung der Frau in den düsteren Tagen, als das Vaterland bedroht und dem Zusammenbruch nahe war. Damals, als in der furchtbaren Not der Niederlage unter den Bajonetten der Feinde so viele, die früher nicht laut genug ihren Patriotismus hervorheben konnten, nun an Volk und Vaterland und an sich selbst verzweifeln, da hat diese treue Frau im wahrsten Sinne des Wortes „ihren Mann gestanden“. In keinem Augenblick ließ sie den Glauben und die Zuversicht an den Wiederaufstieg des Vaterlandes, auf das sie so stolz war, sinken. Dem Vaterlande diente sie in bedingungsloser Hingabe in den Tagen des Glücks wie des Unglücks. So war sie in ihrer stillen, bescheidenen Art in ihrer bedrohten Heimat Führer und Vorbild — das macht den Verlust so schmerzhaft und unersehlich.

Es sprachen noch die Vertreter zahlreicher evangelischer und vaterländischer Vereine, sowie der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, denen Frau Jordan bis zum letzten Augenblick ihres reichen Lebens in selbstloser dienender Hingabe ihre Arbeitskraft gewidmet hatte. Aus allen Worten klang das Bekenntnis, daß das Andenken der Verstorbenen in ihrer Heimat als leuchtendes Vorbild der Treue und Pflichterfüllung unvergessen bleiben wird.

Auch wir vom Saar-Verein werden ihr ein treues Gedenken bewahren, ihr, die uns treu zur Seite stand in unserer Arbeit um deutsches Volkstum und deutsche Heimat an der Saar!

*

Eine Wohltäterin des Saargebiets, Frä. Amberg, ist nach einem segensreichen Leben und erfolgreichem Mähen Anfang Oktober gestorben. Vor 30 Jahren eröffnete sie in Malstatt eine Haushaltungsschule mit fünf Schülerinnen. Aus diesem bescheidenen Anfang blühte dank rastloser Tätigkeit in schneller Folge ein Unternehmen empor, das jährlich tausend lernbegierige Mädchen und Frauen planmäßig für eine sparsame und geordnete Hauswirtschaft zu erziehen wußte. Die Ueberföhlung des Instituts nach St. Johann erfolgte bereits 1896. Die Erfolge Fräuleins Ambergs zogen bald die Aufmerksamkeit der kommunalen und staatlichen Behörden auf sich, die Bergwerksdirektion, auch unsere Industrie förderten ebenfalls das wünschenswerte soziale Ziel. Der Unterricht erstreckte sich auch bald auf strebsame Arbeitertöchter, denen man keine pekuniären Opfer zumuten durfte. Die Kreisbehörde veranlaßte Kurse in fast allen ihr unterstehenden Ortschaften. Die Leiterin gewann einen Stab tüchtiger Mitarbeiterinnen, ihr viel verzweigtes Werk gelangte zur Kenntnis der Großherzogin Luise von Baden, die mit Wort und Tat regstes Anteil zeigte. Das Arbeitsgebiet zog stets weitere Kreise und mit solchem Erfolg, daß die Besucherinnen des Instituts zum Examen als Hauswirtschaftslehrerinnen in Koblenz und Köln zugelassen wurden. Bei Ausbruch des Krieges wurden alle Kräfte der Schule und deren Einrichtung in den Dienst der Verpflegung durchziehender Truppen gestellt, von denen täglich 1800 gespeist werden konnten. Lazarette und Krankenhäuser wurden mit Gemüse und mit den viel begehrten eingemachten Früchten versehen. Daneben liefen Wohltätigkeitsveranstaltungen, durch deren Ertrag an den Weihnachtstagen 104 bis 123 Kinder vollständig eingekleidet werden konnten. Andere Veranstaltungen galten ausschließlich der städtischen Kinderfürsorge, es kam dabei sogar wiederholt zu Beträgen in Höhe von 24000 Fr. Der führende Geist dieses völlig selbstlosen sozialen Wirkens blieb Frä. Amberg, die bei dem herrschenden Leid nur der Gedanke leitete, zu helfen und die Not zu lindern. Ein edles, tapferes Herz von tief religiösem Empfinden hat Fräulein Amberg in der Stille gewirkt, das Andenken an die gütige und doch so tatkräftige Helferin wird dankbar gewahrt bleiben.

Stadtoberschwester Johanna Achenbach 30 Jahre in Saarbrücken. Am 1. Oktober waren es 30 Jahre, daß Frä. Amalie Jung, die damalige Vorsitzende des Frauen-Vereins, Schwester Johanna Achenbach nach Saarbrücken rief. Ihre Tüchtigkeit und Umsicht, ihre Geschicklichkeit, ihre gleichmäßige freundliche Ruhe, ihr nimmermünder Fleiß öffneten ihr bald die Häuser und Herzen. Fast zu bedauern ist es, daß Schwester Johanna, die eigentliche Krankenpflege, für die sie hervorragend begabt ist, späterhin nicht mehr ausüben konnte. Als sie nach einer Reihe von Jahren das Amt einer städtischen Wohlfahrtspflegerin übernahm, wurde das Band mit dem Frauen-Verein nicht gelöst. Sie blieb die ehrenamtliche Schaffnerin des Vereins, wobei die Frauen-Vereins-Schwester sie in ihrer Arbeit für die Stadt unterstützten. Sie, die niemals krank war, die eine „eiserne Natur“ besaß, erkrankte Mitte Juli dieses Jahres schwer und hofft nun durch eine Kur Heilung und neue Kraft zur Arbeit zu gewinnen. Weite Kreise wünschen ihr von Herzen, daß sie im vierten Jahrzehnt ihrer Tätigkeit hier in Saarbrücken mit der alten Frische wirken und schaffen kann zum Wohl ungezählter Leidender und Armer.

Arbeits- und Berufs Jubiläen. Auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Buchdruckerei Gebr. Hofer A.-G. konnte der Schriftsetzer Philipp Frank in Saarbrücken zurückblicken. — Der Prokurist Ludwig Klein beging in den ersten Oktobertagen den Tag seiner 25jährigen Tätigkeit bei der Firma Gebrüder Wildberger, G. m. b. H., in Saarbrücken.

Handwerkerjubiläen. In Merzig konnten am 1. Oktober 15 Handwerksmeister des Kreises ihr 50 bzw. 60jähriges Berufs-jubiläum feiern. Auf eine 60jährige Tätigkeit können zurückblicken: Schlossermeister H. Molitor, Drechslermeister Johann Peter Biewer und Gipsermeister J. Kiefer, alle in Merzig. Auf 50jährige Tätigkeit: Schreinermeister Bettinger, Billig und Matth. Weber in Merzig, Stellmachermeister J. Heinz (Landratsmitglied und Vorsitzender des Handwerkerkreisesverbandes) und Schuhmachermeister Böhne, beide in Brotdorf, Schmiedemeister Kollmann und Stellmachermeister Kerner in Merchingen, Dachdeckermeister Morde in Merzig, Schreinermeister Raumann in Düppenweiler, Schreinermeister Ripplinger in Hilbringen, Schreinermeister Barbie in Besseringen und Schreinermeister Emmerich in Bachem.

Todesfälle: Saarbrücken: Frau Luise Schmidt, geb. Gluth, 84 Jahre; Georg Walch, 67 Jahre; Freiherr von Heimrod; Friedrich Schwenker, 65 Jahre; Dr. med. Ernst Schmidt, 55 Jahre; Peter Ries, 70 Jahre; Fräulein Auguste Kirsch, 18 Jahre; Frau Ww. Luise Wittwer, verwitwete Hoffmann, geb. Buchardt, 87 Jahre; Frau Margarete Merkel, 69 Jahre; Eduard Flittiger. — **Bismarckheim:** Friedrich Fritsch, 77 Jahre. — **Gersweiler:** Ernst Weinkauff, 15 Jahre. — **Rudweiler:** Jakob Gimler, 52 Jahre. — **Völklingen:** Wilhelm Herget. — **Altenwald:** Frau Karoline Sammel, geb. Schramm, 64 Jahre. — **Schiffweiler:** Fritz Schulz, 32 Jahre. — **Spiesen:** Frau Johann Haber, geb. Minna Weis, 58 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Frau Wwe. Amalie Rodeit, geb. Schwin, 65 Jahre; Gottlieb Hamme, 56 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Gustav Müller, 22 Jahre. — **Ottweiler:** Fräulein Maria Schmitt, 63 Jahre. — **Sinnerthal:** Frau Karoline Heißig, geb. Honeder. — **Stangenmühle:** Martin Linder, 60 Jahre. — **Namhorn und Rukhof:** Johann Biesel, 65 Jahre. — **Hilfshaus-Bampoldshausen:** Joseph Linnerz. — **Dieffen:** Jakob Augustin, 74 Jahre. — **Schwalbach:** Berta Paulus, 18 Jahre. — **Wadgassen:** Jean Karrenbauer, 68 Lebensjahre. — **Saarlouis:** Frau Wwe. Katharina Schmitt, geb. Haas, 74 Jahre; Nikolaus Kehler, 52 Jahre. — **St. Ingbert:** Fräulein Elise Thum, 64 Jahre. — **Homburg:** Frau Fanny Mey, geb. Abraham. — **Mittelbergbach:** Frau Julie Müller, geb. Lutz, 26 Jahre. — **Paderborn:** Frau Wwe. Wilhelm Labe, Franziska geb. Dransfeld, 79 Jahre. — **Cleve:** Karl Fischer, 17 Jahre.

Saarwirtschaftsleben.

Die Not der saarländischen Bauern.

Die saarpfälzischen landwirtschaftlichen Bezirksausschüsse haben in einer ausführlich begründeten Eingabe an die Regierungskommission nochmals nachdrücklich auf die allgemeine Notlage hingewiesen, in der sich die Landwirtschaft des Saargebiets seit der verwaltungsmäßigen Trennung vom übrigen Deutschland und ihrer Zugehörigkeit zum französischen Zollgebiet befindet. Der Bezug von Bedarfsartikeln aus dem Reich sei der saarländischen Landwirtschaft infolge des hohen Zolles unmöglich oder doch sehr erschwert. Der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse außerhalb des Saargebiets sei durch die sogenannte Einbehaltsungsverordnung und die französischen Ausfuhrverbote unterbunden. Demgegenüber herrsche im Saargebiet ein Ueberangebot an wirtschaftlichen Erzeugnissen aus Lothringen. Dies wirke sich besonders für den Verkehr mit Milch unliebsam aus. Die öffentlichen Abgaben seien im Verhältnis zu den Erträgen der Landwirtschaft viel zu hoch. Die von der Saarregierung gewährten Kredite seien bereits wieder getündigt. Verhängnisvoll wirke sich der Niedergang der französischen Währung aus. Die Landwirtschaft fordere schließlich von der Saarregierung ein Kapital in Höhe von 1/2 bis 1 Million französische Franken der saarländischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, um so eine Ermäßigung des Zinsfußes bei der Bank, Genossenschaften oder Privaten aufgenommenen Kapitalien zu erreichen. Ferner werden Maßnahmen gegen die lothringische Konkurrenz und die Schaffung von Notstandsgebieten verlangt.

Beitritt der Dillinger Hütte zu deutschen Verbänden. Die Dillinger Hütte, die kürzlich der Deutschen Bundeisenvereinigung beigetreten ist, hat nunmehr auch ihren Beitritt in den Grubblersverband Düsseldorf vollzogen. Man erwartet von diesem Abkommen merkwürdige Festigung am süddeutschen Grobblechmarkt. Nachdem durch den Abschluß des Eisenpaktes die bestehenden Schwierigkeiten zum größten Teil beseitigt sind, wird auch mit einem baldigen Beitritt der Dillinger Hütte zu dem Deutschen Eisenverbande gerechnet.

Vom Saargrubenbau.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Heintz verunglückte der 42 Jahre alte Bergmann Paul Lutz aus St. Ingbert lebensgefährlich. Auf Grube Altenwald wurden zwei Bergleute von einem Kohlenwagen zu Tode gedrückt, ein dritter Bergmann verunglückte auf der Mittagschicht ebenfalls tödlich. Auf Grube König verunglückte der Grubenschmied Karl Herrmann aus Neunkirchen. Er wurde in schwerverletztem Zustande dem Krankenhaus zugeführt. — Auf Grube Alarenthal wurde der 26 Jahre alte Schlosser Mertens von einem Wagen erfasst und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb. Er hinterläßt Frau und 2 Kinder. Innerhalb von zwei Tagen sind auf der Grube Jägersfreude fünf Bergleute zu Schaden gekommen, und zwar der Hauer Johann Gimmeler aus Jägersfreude, der Bergmann August Hawener aus Asweiler, der Rohrschlosser Fritz Robert aus Saarbrücken sowie die Bergleute Johann Bommer aus Jägersfreude und Ludwig Müller aus Herrensohr. Sie mußten sämtlich dem Lazarett zugeführt werden. Auf der Grube Heintz-Dechen verunglückte der Bergmann Johann Schommer tödlich. Auf der Grube Götterborn wurde der Praktikant Hollwed aus Merxweiler vom elektrischen Strom getötet. Auf der Lothringer Grube Klein-Rosseln geriet der 48jährige Elektriker Bury aus Stieringen-Wendel in die Transmission seiner Maschine und wurde in Stücke gerissen. Der auf so tragische Weise Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 5 unverpflegten Kindern.

Grubenschäden im Bildstoder Eisenbahntunnel. Seit längerer Zeit sind im Bildstoder Eisenbahntunnel Ausbesserungsarbeiten im Gange, ohne daß es bisher möglich war, die mit großen Kosten verbundenen Arbeiten zu beenden. Sachverständige sehen die Hauptursache an dem schlechten Zustand des Tunnels in den Wirkungen des französischen Raubbaues auf den Gruben. Unter preussischer Verwaltung bestand die Verpflichtung, daß nur bis auf eine gewisse Grenze von dem Tunnel die Kohलगewinnung betrieben werden durfte, um den großen Trägern des Tunnels und damit diesem selbst den nötigen Halt und die Sicherheit zu bieten. Diese ist nun nicht mehr in dem erforderlichen Maße vorhanden, da man die Kohलगewinnung und Ausbeutung bis in unmittelbare Nähe des Tunnels ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Gefahr betrieb. Die an dieser Stelle durchlaufenden Kohलगlöze, sollen bis dicht an die Träger abgebaut worden sein. Dem mächtigen Druck können die Träger nicht mehr den nötigen Widerstand bieten, die Senkungen bedeuten eine gewisse Gefahr für den Tunnel. Es kommt hinzu, daß die französische Grubenverwaltung dazu überging, auf dem Gelände über dem Tunnel eine mächtige Bergehalde anzulegen, die die Tragkraft der Pfeiler durch den starken Gegendruck noch vermindern. Es ist dringend nötig, alles zu tun, damit die Gefahren und besonders deren Ursachen beseitigt werden.

Die brennenden Bergehalde. Aus Bergmannstreifen wird geschrieben: Es war einmal eine preussische Bergverwaltung, welche auf die brennenden Bergehalde Sand und sonstiges Material bringen ließ, um den Brand der Bergehalde einzudämmen. Heute kennt man, wie in so vielem anderen, was vernachlässigt wird, auch das nicht mehr. Ein abscheuliches Bild unter vielen andern bietet die brennende Bergehalde bei Kamphausen. Man hat dort Wasserrohre angebracht, um wenigstens den Anschein zu erwecken, als wolle man etwas tun. Das Wasser läuft aber seinen eigenen Weg und an der brennenden Halde vorbei. Neben den schweren Schäden an der Gesundheit der Bevölkerung üben die überfließenden Gase einen unheilvollen Einfluß auf die angrenzenden Wälder aus. Der schöne Wald bei der Bergehalde stirbt ab, die Bäume stehen kahl da.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Der Saar-Verein, Ortsgruppe Stettin e. V., hielt am 10. September, abends 8½ Uhr, unter Vorsitz des Schriftführers Oberzahlmeisters a. D. Schmidt im Gartenrestaurant „Lindenhof“ seine 16. und am 8. Oktober 1926 in der „Schillerloge“ zu Stettin unter dem Vorsitzenden Oberregierungsrat Dr. Stegner in Anwesenheit von 17 Mitgliedern und Gästen seine 17. Monatsversammlung ab. 2 Mitglieder fehlten in letzterer mit Entschuldigung. In der Versammlung vom 10. September gab der Kassierwart, Zivilingenieur Ehrhardt, bekannt, daß die von der Berliner Zentralstelle angeforderte Musterföndung von Ansichtspostkarten aus dem Saargebiet eingetroffen sei; seiner Empfehlung, Bestellungen aufzugeben, kam eine Anzahl Mitglieder sofort nach. Als dann wurde ein von den Eheleuten Dilloo eingegangenes Schreiben bekanntgegeben, worin diese dem Saar-Verein für die ihnen zu ihrer Silberhochzeit überreichte Spende

ihren herzlichsten Dank aussprechen. In der Versammlung am 8. Oktober nahm der Vorsitzende zunächst Veranlassung, der anwesenden Frau Dilloo nochmals mündlich anlässlich ihrer Jubelfeier die herzlichsten Glückwünsche des Vereins zu übermitteln, ebenso dem Maschinenschlosser Staun zu seiner Wiedergenesung nach langwieriger Krankheit infolge eines Unfalles. Als dann gab der Vorsitzende als neueste Erfolge der Ortsgruppe die Schaffung eines „Saarwegs“ in Stargard i. P. und einer „Saarstraße“ in Naugard bekannt. Dem Bürgermeister der letztgenannten Stadt wurden auf Veranlassung des Kassierwartes zwecks Verwendung unter der Bevölkerung seitens der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ 30 Aufklärungsschriften über das Saargebiet übersandt. Die Zahl der Mitglieder beträgt, nachdem wiederum ein Beitritt erfolgt ist, gegenwärtig 34. Bekanntgegeben wurden der Dank der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für das zur Kölner Bundestagung übersandte Begrüßungstelegramm, ferner ein Schreiben derselben Stelle, worin zum Ausdruck gebracht ist, daß die Ortsgruppe Stettin bisher die einzige war, die zu den Kosten der anlässlich der genannten Tagung herausgegebenen Nummer des „Saar-Freund“ einen einmaligen Beitrag — ungeachtet ihres geringen Kassenbestandes — geleistet hat. Zuzufolge letzteren Umstandes mußte leider auch auf einen von Frau Bertha Schmidt-Bickelmann in Chemnitz angebotenen Vortragsabend verzichtet werden. An einer vom Verein für das Deutschland im Auslande im September veranstalteten Hilfs- und Werbewoche für das Grenz- und Auslandsdeutschum konnte sich der Verein zu seinem Bedauern nicht beteiligen, da der hierauf bezügliche Schriftwechsel infolge Beurlaubung des Vorsitzenden unerledigt geblieben war. Von dem „Saarkalender 1927“ sind im ganzen 11 Stück bestellt; von der Gögenschen Schrift „Die Geschichte des Saartatuts von Versailles“ konnten bisher 23 Exemplare käuflich an Behörden, Schulen und Private abgegeben werden. Die Vorbereitungen zu einem Saarpvortrag des Vorsitzenden an der Universität Greifswald sind im Gange. Eine längere Erörterung verursachte die Frage, ob man nicht künftighin die Mitglieder zu den Monatsversammlungen, statt, wie bisher, durch Postkarten, durch ein Inserat in den Stettiner Tageszeitungen einladen solle; da letzteres doch beträchtliche Kosten verursachen würde, soll es bei dem bisherigen Verfahren bleiben. Das Wintervergügen der Ortsgruppe wird am Sonntag, dem 9. Januar 1927, von 6 Uhr abends ab, in der „Schillerloge“ abgehalten werden; ferner beschlossen die Anwesenden, an verschiedenen Sonntagen nachmittags im Winter bei dem Mitgliede Gastwirt Schröder im Restaurant „Lindenhof“ gesellige Zusammenkünfte zu veranstalten.

Das Vereinsleben der Ortsgruppe leidet in letzter Zeit an einem doppelten Umstande: einmal an der mangelhaften Beteiligung der Mitglieder an den Monatsversammlungen und so dann daran, daß die Mitgliederbeiträge nicht oder doch nur unregelmäßig eingehen; teilweise sind sie seit Jahresfrist und länger rückständig. Da es unmöglich ist, mit einem Kassenbestande von sage und schreibe: neunzehn (19) Mark, wie er sich gegenwärtig stellt, die großen Aufgaben des Vereins zu erfüllen, wird herzlich gebeten, die rückständigen Beträge sofort an den Kassierwart, Zivilingenieur Ehrhardt, Stettin, Friedrich-Karl-Straße 22A, einzusenden. Auch wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Mitglieder künftighin zu einem regelmäßigeren Besuche der Monatsversammlungen zu veranlassen.

□ Der Saar- und Pfalz-Verein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes der Saarvereine hat auf Grund seiner verschiedenen Anträge erreicht, daß auch die Stadt Freiberg (Sa.) eine Straße mit „Saar-Straße“ bezeichnet hat. Zu dem Erfolg herzlichsten Glückwunsch.

§ Ortsgruppe Reddinghausen i. W. des Bundes der Saarvereine. Die hiesige Ortsgruppe hatte ihre Mitglieder am 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, zu einer Versammlung im Ratszimmer des städtischen Saalbaues eingeladen. Die Tagesordnung bestand in: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes und 2. Vortrag des Herrn Seminaroberlehrer Debusmann von der Ortsgruppe Essen, über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine. Die gut besuchte Versammlung wurde vom 2. Vorsitzenden, Herrn Baltes, eröffnet. Er hieß alle Erschienenen herzlich willkommen. Als dann gab der frühere 1. Vorsitzende, Herr Eich, einen kurzen Überblick über die bisherige Tätigkeit der hiesigen Ortsgruppe. Es wurde alsdann zur Tagesordnung geschritten. Zu Punkt 1, Neuwahl des gesamten Vorstandes, wurden folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender: Bureauvorsteher Richard Zenitz, 2. Vorsitzender: Magistratsrat Dr. Brühl; 1. Schriftführer: Bureauangestellter Ernst Eich, 2. Schriftführer: Bergmann Ferdinand Baltes; 1. Kassierer: Vergobersekretär Fritz Lard, 2. Kassierer: Bergbauinspektor Carl Chloovius; Beisitzer: Gerichtsvollzieher Nifel Gerwert, Bergmann Fritz Baltes. Zu Punkt 2: Herr Seminaroberlehrer Debusmann hielt einen erschöpfen-

den und klaren Vortrag über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine und über die gesamte Saarfrage nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Den Redner belohnte reichlicher Beifall. Nach Erledigung der Tagesordnung blieben die Anwesenden noch einige Zeit gemütlich zusammen.

*

§ Berichtigung. In die auf S. 364 der Nr. 19, 7. Jahrgang vom 1. Oktober 1926 veröffentlichte Notiz der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine über die Umbenennung einer Straße hat sich ein irreführender Fehler eingeschlichen. Nicht in Stettin, sondern in Naugard (Pom.) ist der Verbindungsstraße zwischen Greifenweg und Grenadierstraße die Bezeichnung „Saar-Weg“ beigelegt worden.

Kleine Mitteilungen.

Die Deutsche Hochschule für Politik, in deren Vorstand neuerdings Ministerpräsident Braun, Professor D. Dr. Bredt, Geheimer Justizrat Professor D. Dr. Kahl, Reichsminister a. D. Dr. Koch, Gesandter Graf Verchenfeld und Reichskanzler Dr. Marx eingetreten sind, veröffentlicht ihr neues Vorlesungsverzeichnis. Das Semester beginnt am 1. November 1926. Von den Vorlesungen sind besonders zu nennen: Geschichte Europas im 19. Jahrhundert (1815–1890) — Dr. Richmond Vernog; Politik und Moral — Professor Dr. M. Scheler; Allgemeine Staatslehre (ausgewählte Kapitel) — Privatdozent Dr. Hermann Heller; Imperialismus und Nationalismus als Grundlagen der Außenpolitik — Gouverneur z. D. Dr. Schnee, M. d. R.; Wirtschaft, Verkehrs- und Siedlungsgeographie als Grundlegung der Lehre von Weltwirtschaft und Weltverkehr (mit Lichtbildern) — Dr. Adolf Grabowsky; Amerika — Geheimrat Professor Dr. von Schulze-Gävernitz; Grundlagen der westlichen Kultur — Privatdozent Dr. W. Haas; Die Probleme des Sowjetstaats — Geheimrat Cleinow; Deutschlands innere Politik und Entwicklung seit 1870 — Dr. Theodor Heuß, M. d. R.; Innenpolitische Probleme Deutschlands während des Weltkrieges — Professor D. Dr. Bredt; Vergleichende Parteienkunde — Dr. Peter R. Kohden; Verwaltungsreform in Reich und Ländern — Ministerialdirektor a. D. Präsident Dr. Mülert; Die Steinhardenbergischen Reformen — Staatsminister Dr. Drews; Internationale Sozialpolitik — Dr. Fritz Lenzler; Völkerrecht und Politik — Oberregierungsrat Dr. Hans Simons; Politische und kulturpolitische Propaganda — Ministerialdirektor z. D. Dr. Spieder. Ergänzend finden mehr als 20 seminaristische Übungen zum Teil im unmittelbaren Anschluß an die Vorlesungen statt. Alle Vorlesungen und Übungen werden in den Abendstunden zwischen 5 und 9 Uhr abgehalten. Die Einschreibgebühr beträgt 3 M., die Hörgebühr für die Semesterwochenstunde durchschnittlich 3 M.; einige Vorlesungen sind unentgeltlich. Vorlesungsverzeichnisse, Auskünfte, Anmeldungen: Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6.

Bücherbesprechung.

„Volk und Staat“, von Theodor Heuß. Ist es die Aufgabe der Staatsbürgerkunde, die Einrichtungen des Staates darzustellen, so hat sich das Werk von Heuß die Aufgabe gestellt, nicht so sehr Gesetze und Institutionen zu zeigen, sondern die seelischen und sachlichen Grundkräfte des politischen Lebens zu veranschaulichen. Vom Wesen eines Volkstums und von den Elementen des Staates ausgehend, umfaßt es die verschiedenen Herrschaftsformen, ihre geschichtliche Bedingtheit, ihre Organe, ihre Eingebung ausdeutend; es untersucht die Typen der sozialen Schichtungen in ihrem Verhalten zum Staat, erörtert die Wechselbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen Staat und Kultur; die religiösen Bewegungen, die Kultur- und Kunstfragen, soweit sie Bestandteile der rechtlichen Formungen und der inhaltlichen Erfüllung des öffentlichen Lebens sind, erfahren eine weitgehende und feinsinnige Erörterung. Das Buch hat nichts mit aktueller Politik zu tun; es ist in seiner Anlage mehr historisch gestimmt, und die grundsätzlichen Betrachtungen sind durch mannigfache Beispiele aus Staats- und Kulturgeschichte farbig und eindringlich gemacht. Aber es liegt auf der Hand, daß auch zu den Fragen innerer und äußerer Politik, die unser Schicksal bestimmen, der Weg des Verstehens geöffnet wird: Welches sind die historisch-politischen Entwicklungslinien des „Bundesstaates“, wie spielt sich die Auseinandersetzung ab zwischen Parteiwesen und berufsständischen Gedanken, vor welche Aufgaben der nationalen und internationalen Politik ist das deutsche Volk gestellt, wenn es das Weltbild betrachtet, das in Versailles geschaffen wurde? Mit abwägender Gerechtigkeit und starker Einfühlung in die vielen Gegensätzlichkeiten unseres deutschen öffentlichen Lebens analysiert der Verfasser dessen Erscheinungsformen, leidenschaftslos und verstehend; der Wert und Nachdruck des Buches liegt darin, daß die Bewegung des politischen Lebens sein Thema ist, nicht die Starrheit fertiger Begriffe. Das muß auch seine Wirkung beim Leser sein, dem es nicht in Lehrbuchform totes Wissen vermitteln will, sondern dem es aus dem Wissen zum inneren Begreifen der politischen Kämpfe und sozialen Bewegungen leiten möchte. Dann weckt es eigenes Nachdenken, erzieht zu eigener Stellungnahme. Fern aller pedantischen Langeweile will es, farbig und bewegt geschrieben, ein Spiegelbild sein der großen geistigen und sachlichen Auseinandersetzungen der politischen Zeit und der politischen Welt und helfen, daß in dem Strom der Dinge jeder seinen festen Punkt gewinnt.

Briefkasten.

Von B. in A. M. 50, — mit bestem Dank erhalten.
Von D. in S. M. 3, — mit bestem Dank erhalten.
Von Sp. in A. M. 0,50 mit bestem Dank erhalten.
Von L. in S. M. 2,50 mit bestem Dank erhalten.
Von A. in Sch.-G. M. 1,50 mit bestem Dank erhalten.

Heimat und Volk

Politisch-kulturelle Zeitschrift
zur Pflege deutschen Volkstums und Volksbewußtseins

„Heimat und Volk“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kann durch die Geschäftsstelle Berlin S 14, Stallschreiberstraße 4 bezogen werden. / Vierteljahresbezug 1,25 RM., für das Ausland halbjährlich 3, — RM. / Probenummern sind unter Beifügung von 1, — RM. anzufordern.

Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Hefte:

Heimat und Volkstum — die Grundlagen deutscher Politik / Deutsches Reich und deutsche Pflicht / Unser Weg zur Volksgemeinschaft / Das deutsche Erbe / Politik und Bildung / Staatsgedanken und Staatsgesinnung / Frankreichs farbiges Heer / Frankreichs nationale Verteidigung / Das baltische Problem / Walthier von der Vogelweide / Ludwig Fied, der Dichter des Deutschtums / Theodor Storm / Hermann der Cherusker und die Varusschlacht.



Was jeder Deutsche vom
Saargebiet und Bund der
Saarvereine wissen muß

sagt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegebene

Merkblatt mit Bildern

und
Karte des Saargebiets.

Die Sache des Bundes der Saarvereine muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes der Saarvereine oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund der Saarvereine sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Löhrow 3249 Königgräzer Straße 94 Fernspr.: Löhrow 3249

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15., mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 286) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin S 14, Königgräzer Straße 94, Fernspr.: Löhrow 3249. — Anschließ.: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.“, Berlin SW. 11, Königgräzer Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.